

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 1. November 2017

www.epd.de

Nr. 44

■ Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung.

*Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung
der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie
in Deutschland,*

Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortliche Redakteure:
Uwe Gepp (V.i.S.d.P.) /
Reinhold Schardt
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung – Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland

Populismus verstehen: Darauf richtete sich die Bitte des Rates der EKD an die Kammer für Öffentliche Verantwortung im Dezember 2016. Damit war zunächst ein sehr knapper Text gemeint. Möglichst auf wenigen Seiten sollte die Kammer dem Rat der EKD Empfehlungen zum Umgang mit populistischen Politikmustern, mit ihren Akteuren und Themen vorlegen. Als die Kammer an die Arbeit ging, stellte sie schnell fest, dass jede Stellungnahme, wenn denn simple Moralisierungen und holzschnittartige Bewertungen vermieden werden sollten, einer sorgfältigen politischen Analyse und einer gründlichen theologischen Recherche bedarf. Aus einem

Papier zum Populismus wurde im Arbeitsprozess dann eine angesichts des Gegenstandes immer noch knappe und skizzenhafte, aber doch durchaus grundsätzliche Besinnung auf Funktionsbedingungen, auf Stand und Weg der Demokratie in Deutschland.

Am 21. August fand die Präsentation dieses »Impulstextes« in Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin vor einem großen Auditorium in der Französischen Friedrichstadtkirche statt, gerade vor Beginn der damals noch erwarteten »heißen« Phase des Wahlkampfes für die Bundestagswahlen. Dass dieser Wahlkampf dann erheblich kühler als erwartet und sicher auch nötig war, markiert denn auch einen nicht unwesentlichen Aspekt der im Text der Kammer angesprochenen Herausforderungen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die schwierigen Annäherungen an die Regierungsbildung führen uns die Veränderungen der politischen Landschaft und die Verschärfung der gesellschaftlichen Debatten deut-

licher noch vor Augen als vor dem. Das Impulspapier der Kammer bietet eine Analyse an, die helfen soll, die Zeichen der Zeit zu lesen. Es sucht die innerkirchliche Auseinandersetzung zu öffnen, um heterogene Sichtweisen auf die entscheidenden Fragen politischer Gestaltung in den Dialog zu bringen. Es regt auch eine politische Auseinandersetzung um die notwendigen Grenzziehungen des Raumes demokratischer Auseinandersetzung an. Schließlich will es einen Beitrag der Kirchen zu den Aushandlungsprozessen und der Selbstverständigung der freiheitlichen Demokratie leisten. Das Papier ist in der vorliegenden Form nur Skizze, aber auch so etwas wie ein Rahmen für weitere Arbeitsvorhaben der Kammer, in deren Fokus die Fragen nach dem Ort der Kirchen in der offenen und pluralistischen Gesellschaft und dem Beitrag der Kirchen zur Demokratie stehen werden.

*OKR Dr. Roger Mielke,
Referent für Öffentliche Verantwortung im Kirchenamt der EKD
und Geschäftsführer der Kammer für Öffentliche Verantwortung*

Quelle:

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung.

Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017 – eine Kooperation zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelischen Akademie zu Berlin

Inhalt:

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Die Diskussionsveranstaltung anlässlich der Vorstellung des Impulspapiers

▶ Dr. Roger Mielke: Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung	2
▶ Dr. Rüdiger Sachau: Begrüßung	5
▶ Prof. Dr. Reiner Anselm: Zur Einführung – Konsens und Konflikt. Zehn Impulse	7
▶ Prof. Dr. Rebekka A. Klein: Zu viel Konsens, zu wenig Konflikt? Ein Kommentar zum Arbeitsprozess in der Kammer für Öffentliche Verantwortung	11
▶ Prof. Dr. Hans Joas: Um die »konstitutive Gerechtigkeit« streiten. Ein Kommentar	16
▶ Prof. Dr. Andreas Busch: Komplexität wahrnehmen – dem Dialog einen Raum geben. Ein Kommentar	18
▶ Bischof Dr. Markus Dröge: Mut zur inhaltlichen Auseinandersetzung – Schlusswort	20
▶ Dr. Roger Mielke: Schlaglichter aus der Podiumsdiskussion	22

Das Impulspapier

▶ Vorwort	24
▶ 1. Christliche Freiheit und Demokratie als Lebensform	25
▶ 2. Konflikt als Normalfall	26
▶ 3. Demokratische Streitkultur	26
▶ 4. Wandel gestalten – Vertrauen erhalten	27
▶ 5. Wer ist zugehörig?	28
▶ 6. Demokratie geht alle an	29
▶ 7. Repräsentation stärken	30
▶ 8. Hörbereite Politik	31
▶ 9. Grenzen der Auseinandersetzung	32
▶ 10. Die Kirchen als Orte demokratischer Beteiligung	32
▶ Mitglieder der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD	34

epd-Berichterstattung

- ▶ Konflikt als Normalfall – Evangelische Kirche wünscht sich mehr Streit in politischer Debatte 35
- ▶ Theologe Anselm: Gesellschaft krankt an Scheu vor Konflikten 36
- ▶ Präses Kurschus: Rechtspopulismus spaltet und bedroht die Demokratie 37
- ▶ Theologe: Kirchen haben möglicherweise AfD-Wahlerfolg begünstigt 38

Begrüßung

Von Dr. Rüdiger Sachau, Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

1. Eine Kampagne für Demokratie

Wahrscheinlich haben Sie die Plakate auch schon in der Stadt gesehen, eine junge Frau mit modischem Kopftuch schaut den Betrachter direkt an. Daneben der Text:

»Ich könnte auch an nichts glauben und damit glücklich sein. Muss ich aber nicht.«

Darunter der dezente Hinweis: Religionsfreiheit, Grundgesetz Art. 4 Absatz 1&2

Die Kampagne »Demokratie-ist-alles.de« (<https://demokratie-ist-alles.de>) der Initiative für Menschenwürde e.V. (Artikel 1. Initiative für Menschenwürde e.V., Schlüterstraße 42, 10707 Berlin) will jungen Leuten Mut machen, unsere Demokratie für sich zu entdecken und bewusst wahrzunehmen.

2. Nur Freiheit?

Ich *könnte*, aber ich *muss* nicht, das ist das zentrale Muster. Und, so die Logik des Gedankens, was auch immer ich tue, ich mache es nur freiwillig. Dieses Muster spricht offensichtlich viele, vor allem junge Menschen an. Die Kampagne kommt mitten im Wahlkampf, mitten in eine Phase, in der der Diskurs über Demokratie von vielen als dringend notwendig erlebt wird.

Wir leben in spannenden Zeiten und ich finde diese Kampagne gut. Aber reibe mich auch an ihrer Ausrichtung. Demokratie ist zu verteidigen, weil sie der Raum der Möglichkeiten ist. Ja, das ist wahr, aber Möglichkeiten sind nicht alles. Die Affirmation der Kampagne konzentriert sich auf die Freiheit *von* Zwängen. Was fehlt, ist die Ambivalenz. Denn Freiheit braucht Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit und Verpflichtung, die wiederum die Freiheit in ihrer Grenzenlosigkeit einhegen.

3. Möglichkeiten?

Und dazu kommt noch eines: Nicht alle haben die Möglichkeit, das zu lassen, was weniger cool

und freudig ist, viele Menschen sind gezwungen, Dinge zu tun, die sie nicht tun wollen.

Die Möglichkeiten Freiheit zu realisieren, die Chancen, Demokratie für sich anzueignen, sind eng verknüpft mit den vielfältigen oder begrenzten Möglichkeiten, die einer Person zur Verfügung stehen: Bildung, Herkunft, wirtschaftliche und kommunikative Ressourcen. Angesichts der ungleichen Verteilung kommt das Bild der fröhlichen Möglichkeitsgesellschaft schnell auf den Boden der Tatsachen zurück.

4. Populismus

Viele Jahre war das freiheitsverheißende Modell anziehend, die Zahl der Demokratien wuchs und wuchs weltweit. Aber gegenwärtig müssen wir uns auch mit der gegenläufigen Entwicklung auseinandersetzen, Freiheit und Demokratie werden zur negativen Folie für Dekadenz und Verfall. Die positiven und die destruktiven Folgen der Globalisierung wirken mitten hinein in unser Nachdenken über unsere Verantwortung hier und heute.

Aber die Anfragen an unser Modell werden nicht nur in der Ferne gestellt, sondern sind in Form populistischer Bewegungen mitten unter uns. Der Zweifel am bisherigen Weg ist mitten unter uns, auch in den Kirchen. Und er lässt sich weder durch das Zusammenrücken in einer gefühlten Mitte noch durch Ausgrenzungen beseitigen.

5. Notwendiger Streit

Wir brauchen produktive Auseinandersetzungen bevor wir vorschnell dem einen oder anderen Konsens zustimmen. Darüber wollen wir heute nachdenken, diskutieren in der Evangelischen Akademie zu Berlin, die von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) als Institution der Diskurskultur gewollt ist.

Als evangelische Kirche fragen wir nach den ambivalenten Herausforderungen der Demokratie und nach dem Beitrag, den die Kirchen selber für ein demokratisches Zusammenleben geben könnten.

6. Die Kirchen selbst

Diese Aufgabe würde aber verfehlt, wenn wir dabei nicht die eigenen Ambivalenzen und die un-abgeschlossene Diskussionslage in unserer eigenen evangelischen Kirche selber ernst nehmen.

Früher gab es eine Diskussion drüber, wie politisch die Kirche sein soll. Heute geht es auch um die Frage, ob unsere gesellschaftlichen Ratschläge in sonntäglichen Predigten und amtskirchlichen Verlautbarungen nicht wie von einem hohen Ross herab wirken. Moralisch aufgeladen und anspruchsvoll, aber vorbei an der ambivalenten Realität unserer Welt.

7. Ambivalenzen

Ohne Zweifel nötigt uns das Evangelium, zu den konkreten Fragen und besonders zu den Ungerechtigkeiten unserer Welt Stellung zu nehmen. Klare Stellungnahme ist gefordert. Aber wir können das nicht tun, ohne zu erkennen, dass wir als Christinnen und Christen, als Kirche nicht nur Teil der Welt, nein, selber ganz und gar Welt sind und nicht ihr besseres Gegenüber.

Das wirft uns als Kirche hinein in alle Ambivalenzen, die eben nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der Kirche bestehen. Was wir denken und sagen, fordern und formulieren, das trifft immer auch uns selbst, nicht nur als Bürgerinnen und Bürger sondern auch als Mitglieder und Mitarbeiter einer großen gesellschaftlichen Organisation.

8. Spannungen aushalten

Sollten wir lieber schweigen? Das sei ferne – aber wir haben uns der Frage zu stellen, nicht nur *was* wir sagen, sondern auch *wie*, *wann* und *wo* wir Themen ansprechen.

Wir werden das an der Spannung zwischen dem menschenrechtlich gebotenen Schutz von Geflüchteten und den praktischen Grenzen gesellschaftlich getragener Umsetzungsmöglichkeiten diskutieren. Die heute vorgelegte Schrift »Konsens und Konflikt« arbeitet sich daran ab und öffnet an diesem strittigen Thema ein breites Feld zum Diskurs.

9. Veranstaltung Konsens und Konflikt

Der Vorsitzende der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, Professor Reiner Anselm,

wird uns gleich in die Grundüberlegungen einführen, Sie halten die Schrift mit ihren zehn Punkten bereits in den Händen. Um es klar zu sagen, das ist keine Denkschrift der EKD, sondern ein Positionspapier zur Diskussion.

Professorin Rebekka Klein wird mit einem Votum »Zu viel Konsens, zu wenig Konflikt?« die Diskussion noch einmal zuspitzen, sie ist gleichfalls Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung. Dass wir heute zwei Voten aus der Kammer an den Anfang stellen, zeigt, dass wir es mit der Streitkultur ernst meinen und uns den angesprochenen Ambivalenzen eines Lebens in der Demokratie stellen wollen.

Auf dem anschließenden Podium »Wie streitfähig ist die Kirche?« haben wir zu den beiden Vorgestellten Prof. Hans Joas und Prof. Andreas Busch eingeladen. Neben dem Theologen Anselm und der Theologin Klein nehmen wir damit weitere Perspektiven aus den Sozialwissenschaften auf. Die Diskussion wird moderiert vom Präsidenten der Evangelischen Akademie, Prof. Paul Nolte, er ist zugleich Mitglied der Synode der EKD und lehrt Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin.

10. Fazit und Dank

Zum Schluss haben wir Bischof Dr. Markus Dröge gebeten, sein vorläufiges Fazit aus der Diskussion zu ziehen. Bischof Dröge ist Mitglied im Rat der EKD und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Er hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder sehr klar zu politischen Fragen, insbesondere im Diskurs mit der AfD, geäußert.

Mit ihm sind wir in einem langen Gespräch, in dem wir die Möglichkeiten und Grenzen des Gespräches ausloten und uns damit ganz konkret der Frage stellen, wie wir mit konstruktiven Auseinandersetzungen zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft beitragen können.

Mein Dank dafür, dass wir diesen spannenden Spätnachmittag in Wahlzeiten haben können, gilt dem Kirchenamt der EKD, Dr. Roger Mielke, und der Kammer für Öffentliche Verantwortung, insbesondere ihrem Vorsitzenden, Herrn Professor Anselm, Sie haben jetzt das Wort. Liebe Frau Professorin Klein, ich darf Sie bitten, dann gleich anzuschließen.

Ich wünsche uns heute produktiv kontroverse Gespräche.



Zur Einführung – Konsens und Konflikt. Zehn Impulse

Von Prof. Dr. Reiner Anselm, Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München und Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

1. Zum Hintergrund und zur Zielsetzung des Papiers

Das Verhältnis des Protestantismus zur Demokratie war nicht immer einfach. Nur mühsam und mit tätiger Nachhilfe fand der deutsche Protestantismus nach 1945 zu einer positiven Einschätzung der Bonner Republik: Der Staat des Grundgesetzes gewährte nicht nur den Kirchen große Handlungsspielräume, er anerkannte sie auch als maßgebliche Instanzen für die sittliche Grundierung von Recht und Politik. Beide Kirchen deuteten diese Anerkennung als Beleg für ihr Selbstverständnis: Sie profilieren die Instanzen, die dem politischen System Legitimität verschaffen und für die moralische Orientierung zuständig sind. Die entsprechende Interpretation des Böckenförde-Theorems, dem zufolge der moderne, freiheitliche Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann und nicht geschaffen hat, fand und findet große Zustimmung in den evangelischen Kirchen – auch wenn sie keineswegs die einzige Deutung dieses bekannten Diktums darstellt.

Es kann aber nicht übersehen werden, dass im Hintergrund dieses Denkens Überzeugungen stehen, die eher zu einer christlichen Aristokratie denn zu einer Demokratie passen; die Demokratie, die die Kirchen unterstützen und zu ihrer Sache machen, ist im Grunde eine spezifische Form der Elitedemokratie, bei der es darum geht, dem Wankelmut, Individualismus und auch der Irrationalität der Wähler die orientierungstiftende Kraft der eigenen Soziallehre entgegenzuhalten. Demokratische Verfahren sollen zwar zur Auswahl des Führungspersonals genutzt werden, nicht oder nur sehr zögernd aber für weitergehende partizipative Elemente.

Bis heute sehen sich die Kirchen eher als moralische Letztinstanzen denn als gleichberechtigte Akteure im demokratischen Wettstreit. Sie rekla-

mieren für sich einen gewissen moralischen Paternalismus, indem sie in Anspruch nehmen, zu wissen, was das moralisch richtige Verhalten ist. Durchaus aufschlussreich ist dabei die Rede von der Anwaltschaft für die Schwachen: Hier zeigt sich sicherlich ein hoher und in Vielem zustimmungsfähiger Anspruch. Allerdings dürften die wenigsten Schwachen die Kirche als ihre Anwältin beauftragt haben, vielmehr handelt es sich um eine Art moralischer Selbstermächtigung.

Es stimmt: Das in der christlichen Soziallehre verankerte Politikmodell der Bundesrepublik hat zur Prosperität und zu einem so zuvor nicht gekannten inneren Frieden geführt. Aber: Wir sehen heute auch sehr klar die Schattenseiten dieser Entwicklung, nämlich ihr partizipatives Defizit und ihre Tendenz zur moralisierenden Bevormundung. Solange die Gesellschaft der Bundesrepublik homogen und die Kirchenmitgliedschaft der Regelfall war, mochte das noch akzeptabel sein. Doch schon die Studentenproteste zeigten die Probleme, die diesem Demokratieverständnis zu eigen sind: Konsens wird dadurch erreicht, dass abweichende Positionen aus der Debatte ausgeschlossen werden – und zwar mit moralischen Argumenten. In einer pluraler gewordenen Gesellschaft führt das dazu, dass immer mehr Positionen an den Rand gedrängt werden – und ebenso der Anteil derer kleiner wird, die sich von der Politik und auch den Kirchen repräsentiert fühlen. Das Auftreten neuer politischer Gruppierungen, das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich nicht nur im linksliberalen, sondern auch im rechten politischen Spektrum verorten, ist die logische Konsequenz dieser Entwicklung.

Es kann nicht verwundern, dass diese Veränderung in den letzten Jahren zu erheblichen Irritationen in den evangelischen Kirchen geführt hat. Das Erstarken populistischer Politikmuster, die beanspruchen, die Elitedemokratie zu überwinden und zugleich größere Partizipation versprechen, hat diese Irritationen noch verstärkt.

Heute sehen sich die evangelischen Kirchen vor der Herausforderung, ihr Verständnis von und ihr Verhältnis zur Demokratie neu zu bestimmen. Das Papier »Konsens und Konflikt« möchte mit

zehn Impulsen zu dieser Klärung beitragen und zugleich eine öffentliche Debatte zur Weiterentwicklung der Demokratie, zu einem erweiterten Verständnis von Demokratie anstoßen. Mit dem Papier möchte die Kammer für Öffentliche Verantwortung einen Prozess des Nachdenkens auslösen, und zwar in der Kirche, ihren Gremien und Repräsentanten ebenso wie in der Gesellschaft.

Bei seiner Abfassung haben wir uns von drei Prinzipien leiten lassen:

Das Papier sollte *eine hohe analytische Kraft* besitzen und sich daher an der aktuellen Diskussion in den Sozialwissenschaften orientieren.

Es sollte von dem Bestreben geleitet sein, *die rechtsstaatliche Demokratie zu stärken* und Populismus und Gleichgültigkeit die Attraktionskraft der Demokratie als Lebensform entgegenzusetzen, anstatt es bei einer einfachen Zurückweisung zu belassen.

Es sollte *nicht nur Erwartbares und Bekanntes formulieren, sondern auch etwas vielleicht Unerwartetes und auch Selbstkritisches*.

Im Hintergrund dieser drei Prinzipien steht eine theologische Grundentscheidung: Fragen der Sozialethik sind nur dann richtig zu erfassen, wenn Evangelium und Gesetz unterschieden und sachgerecht aufeinander bezogen werden. Anders als es von der lutherischen Theologie lange Zeit vertreten wurde, steht dabei nicht das Gesetz an erster Stelle, sondern das Ziel politischen Handelns wird vom Evangelium und dem aus ihm abgeleiteten Menschenbild bestimmt, ohne so dann die Notwendigkeit des Gesetzes aus dem Auge zu verlieren. In aller Kürze formuliert bedeutet das für unseren Kontext Folgendes: Westliche, menschenrechtsbasierte Demokratien leben von der keineswegs selbstverständlichen Voraussetzung, dass entgegen dem Augenschein allen Menschen gleiche Rechte zukommen. Diese Voraussetzung ist eng mit der Botschaft von der Versöhnung als dem Kern des Evangeliums verbunden und muss, soll die Demokratie vital bleiben, immer wieder aktualisiert werden. Diese Botschaft bildet auch die Grundlage dafür, den Kreis derer, die als Gleichberechtigte zu einer Demokratie gehören, immer weiter auszudehnen.

Sosehr in dieser Weise das Evangelium eine Zielrichtung vorgibt, so sehr muss sich konkretes Handeln an den Bedingungen einer noch nicht erlösten Wirklichkeit ausrichten. Konflikte anzuerkennen, zu akzeptieren, dass uns in politischen

Fragen immer nur vorläufige Antworten zur Verfügung stehen und wir mit Vernunft, Pragmatismus und Sachverstand nach den besten Lösungen suchen müssen – all das sind Handlungsweisen, die sich mit dem verbinden, was die evangelische Ethik unter dem Stichwort »Gesetz« subsumiert hat. Demokratie ist unserer Überzeugung nach diejenige Staatsform, die beide Elemente, Evangelium und Gesetz, am besten miteinander verbindet.

Damit bin ich bei den Grundentscheidungen des Papiers angekommen:

2. Zu den inhaltlichen Grundentscheidungen des Papiers

Im Interesse, die Demokratie zu stärken, beginnt das Papier mit einer Würdigung der Demokratie und der Skizze unserer eigenen Lerngeschichte. Wie bereits angesprochen, gilt es das Demokratieverständnis der fortgeschrittenen Pluralisierung anzupassen. Faktisch erleben wir hier bislang eine interessante, nicht unproblematische Dialektik: Je pluraler die Gesellschaft, je pluraler auch die Parteienlandschaft wird, desto stärker bildet sich eine Koalition der Mitte als Verkörperung eines gewissen bildungsbürgerlichen Mainstreams. Diese Konstellation führt aber auch dazu, dass sich immer mehr Menschen durch die Parlamente und die Exekutive nicht mehr repräsentiert sehen. Enthaltung, Protestverhalten, Mobilisierbarkeit für volatile Positionen direkter Bürgerbeteiligung sind die Folge. Vor den Kirchen hat diese Tendenz nicht haltgemacht. Vergleicht man gegenwärtige Debatten über ethisch-politische Konfliktfelder mit den Auseinandersetzungen etwa um die Friedenspolitik in den 1980er Jahren, aber auch um die richtige Politik der Wiedervereinigung, so fällt sofort auf, dass das Meinungsspektrum in der evangelischen Kirche kleiner geworden ist. Distanzierung und Gleichgültigkeit sind die Folge – Demobilisierung ist hier das Äquivalent zur Mobilisierung im Raum des Politischen: Die Menschen kehren der Kirche den Rücken.

Vor diesem Hintergrund wirbt das Papier dafür, Kirche und Politik gleichermaßen auseinandersetzungsbereiter zu machen, darum, mehr Menschen in die Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu verwickeln, sie zu involvieren, sie auch zu motivieren, ihre Sicht einzubringen, auch wenn sie unbequem und emotional vorgetragen sein mag. Dazu gehört, auf die Rahmenbedingungen zu achten, damit sich Menschen für politische Fragen mobilisieren lassen und sich in der

Debatte artikulieren können. Dazu gehört aber auch, deutlich zu machen, dass mangelnde Repräsentation keine Entschuldigung dafür ist, sich nicht zu beteiligen. Und, besonders wichtig: Demokratie ist keine Veranstaltung nur für Intellektuelle!

Dies strahlt aus auf das Selbstverständnis der Kirche: Sie kann und soll den Raum bereitstellen für politische Kontroversen. Mehr noch: Sie kann und soll selbstbewusst darauf hinweisen, dass eine liberale, rechtsstaatliche Ordnung keine naturwüchsige Selbstverständlichkeit ist. Sie ist – wie bereits erwähnt – tief in Grundprinzipien des Christentums verankert – auch wenn das die Kirchen lange nicht erkannt haben. Die Kirchen setzen sich für diese Grundprinzipien und Rahmenbedingungen ein, die einen klaren, gleichzeitig aber auch weiten Raum für den Diskurs aufspannen und schützen. Sie vertreten in diesem Diskurs legitimerweise ihre eigenen institutionellen Interessen, aber sie anerkennen, dass in politischen Fragen Christinnen und Christen zu sehr unterschiedlichen, konkurrierenden Einschätzungen kommen können. Über sie zu befinden, ist Sache der politischen Auseinandersetzung. Dies ist kein Schaden, sondern eine Auszeichnung einer lebendigen Demokratie.

Die Überschrift des *zweiten Abschnitts*, Konflikt als Normalfall, bringt diese Selbstverständlichkeit des Konflikts programmatisch zum Ausdruck. Die Auseinandersetzung um die Grundlagen und die künftige Gestalt unseres Gemeinwesens müssen kontrovers diskutiert werden – streitbar in der Sache, aber fair im Umgang miteinander. Damit ein solche »Demokratische Streitkultur« – so die Überschrift des *dritten Abschnitts* – gelingt und damit auch das anspruchsvolle Ziel, dass aus dem Streit heraus die beste Position für alle gewonnen werden kann, ist es notwendig, die Diskussion nicht nur mit denen zu führen, mit denen man sich einer Meinung weiß. Dass die damit verbundenen Herausforderungen durch die Social Media tendenziell verschärft werden und auch die Kirchen nicht davor gefeit sind, in einer Filterblase zu agieren, brauche ich nicht eigens zu betonen. Anmerken möchte ich jedoch, dass gerade die Parteien wichtige Instrumente für eine solche übergreifende Diskussion sein können.

Des Streits um den besten Weg bedarf es vor allem deswegen, weil wir in den letzten Jahrzehnten eine bislang so nicht gekannte Überschreitung vorgegebener Grenzen erlebt haben. Diesen Wandel – so der Fokus des *vierten Impulses* – gilt es zu gestalten. Dabei muss ein beson-

deres Augenmerk auf den Bedingungen des sozialen Ausgleichs und des Zusammenhalts liegen. Dazu gehört auch, die Räume des Vertrauten und des Vertrauens zu erhalten. Sich daran zu beteiligen, ist die Aufgabe aller. Der Wandel wird nicht nur erfahren, jeder Einzelne arbeitet auch an ihm mit. Wer sich über den Rückgang der lokalen Traditionen beklagt, muss sich auch fragen lassen, was er zu ihrem Erhalt beiträgt.

Zu dem Wandel und den Fragen, die unsere Gesellschaft intensiv beschäftigen, gehören Fragen der Zugehörigkeit, die Fragen also, die durch die verstärkte Migration der letzten Jahre so stark in den Fokus geraten sind. Im *fünften Impuls* mit dem Titel »Wer ist zugehörig« plädiert das Papier dafür, die Frage selbst in einem demokratisch-rechtsstaatlichen Verfahren zu regeln – also weder über einen ethnozentrischen Exklusivismus noch durch einen kosmopolitischen Universalismus, die sich beide auf je eigene Weise der demokratischen Meinungsbildung entziehen möchten. Die besondere Herausforderung, das soll nicht verschwiegen, sondern in aller Deutlichkeit herausgestellt werden, liegt darin, einen Ausgleich zwischen dem universalistischen Anspruch der Menschenrechte und deren notwendig partikular-nationalstaatlicher Implementierung zu finden. Gerade wegen dieser Spannung plädiert das Papier dafür, den Diskurs nicht vorschnell durch den Verweis auf nicht verhandelbare Standards abubrechen, sondern die politische Auseinandersetzung zu suchen.

Der *sechste Impuls*, »Demokratie geht alle an«, führt den eben genannten Gedanken weiter; ein besonderer Akzent liegt dabei darauf, auch das emotionale, voluntative Element als legitime Äußerung in der Demokratie zu begreifen, nicht nur das wohl abgewogene, akademisch geschliffene Argument. Demokratie ist eben eine Staatsform nicht nur für Gebildete.

Die politische Auseinandersetzung ist undenkbar ohne den Transmissionsriemen der politischen Parteien und ihre Aufgabe der Repräsentation. Der populistische Impuls kann gelesen werden als ein Versuch, diejenigen neu zu repräsentieren, die sich von den etablierten Parteien und Gruppen nicht oder nicht mehr repräsentiert sehen. Wenn es durch die Neugründung von Parteien zu einer besseren Repräsentation der Bürgerinnen und Bürger kommt, dann ist dies, so die These des *siebten Impulses*, ausdrücklich zu begrüßen – unter der Voraussetzung freilich, dass solche Parteien und Bewegungen nicht das freiheitlich-demokratische System selbst infrage stellen, also

etwa nur rechtspopulistisch und nicht rechtsradikal oder rechtsextremistisch sind.

Mit den neuen Gruppierungen ist die politische Auseinandersetzung zu suchen, das gehört zu einer »hörbereiten« Politik. Aller »Ausschließertis«, um eine Wahlkampf-Vokabel zu verwenden, ist eine Absage zu erteilen. Diese Forderung des *achten Impulses* gewinnt möglicherweise nach der Bundestagswahl noch höheres Gewicht; die Abneigung etwa, Drei-Parteien-Koalitionen zu bilden, ist aus dieser Perspektive deutlich zu hinterfragen.

Für die Demokratie zu werben und die Demokratie zu stärken bedeutet, den Konflikt und die Auseinandersetzung um die beste Lösung zu suchen – und zwar mit den Vertretern aller Positionen, nicht nur mit denen des liberalen Mainstreams. Dennoch gibt es Grenzen der Auseinandersetzung, die der *neunte Impuls* benennt: Gewalt darf kein Bestandteil der Auseinandersetzung sein. Grenzen sind aber auch an anderer Stelle zu ziehen: Dort nämlich, wo mit vorschnellem Verweis auf grundlegende Überzeugungen andere, abweichende Positionen aus dem politischen Wettstreit ausgeschlossen werden sollen, wo Fakten nicht sorgsam abgewogen und berücksichtigt werden, und wo anstelle politischer Ent-

scheidungsfindung eine personalisierte Auseinandersetzung erfolgt.

Wie können die Kirchen die demokratische Beteiligung stärken? Dieser Frage widmet sich der *zehnte Impuls*. Zunächst ist hier zu konstatieren: Die Kirchen sind ein Spiegel der Gesellschaft. Vorbehalte und Ängste finden sich auch in der Kirche – und doch wollen und müssen sie die politische Dimension der Botschaft von der Versöhnung zum Ausdruck bringen. Die Kirchen sind mitverantwortlich für die politische Kultur unseres Landes. Daher müssen sie sich immer wieder fragen lassen, ob sie in ihrem Verhalten wirklich zu einer partizipativen Demokratie beitragen. Zu hohe moralische Ansprüche, die andere politische Positionen ausschließen oder als orientierungsbedürftig disqualifizieren, sind daher selbstkritisch zu hinterfragen. Die Kirchen müssen, so unser Appell, selbst dazu beitragen, die Elitendemokratie zu überwinden und die demokratische Auseinandersetzung zu fördern. Das können sie, weil sie nach wie vor viele Menschen erreichen und ihnen auch ein Forum für die Auseinandersetzung bieten können. Das können sie aber auch, indem sie engagiert für die Voraussetzungen einer politischen Kultur eintreten, die in jedem Menschen ein gleichberechtigtes Kind Gottes sieht und das Gemeinsame im Prozess der Auseinandersetzung immer wieder sucht. **D**

Zu viel Konsens, zu wenig Konflikt? Ein Kommentar zum Arbeitsprozess in der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Von Prof. Dr. Rebekka A. Klein, Professorin für Systematische Theologie / Ökumene und Dogmatik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät sowie Direktorin des Ökumenischen Instituts der Ruhr-Universität Bochum und Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Zu viel Konsens, zu wenig Konflikt? Ich bin gebeten worden, heute den Arbeitsprozess der Kammer für Öffentliche Verantwortung zu kommentieren, der zur Fertigstellung dieses Impulspapiers geführt hat. Wenn ich an diesen Arbeitsprozess zurückdenke, möchte ich das Eingangswortspiel fast noch einmal umkehren: Gab es zu viele Konflikte und zu wenige Konsense? Ist der Konsens, den wir gefunden haben, nur das, was in andauernden Konflikten gleichsam als Atempause über Nacht auf dem Papier stehen blieb? Und macht dies, also dieser Umstand der Entstehung, den gefundenen Konsens weniger wertvoll oder weniger folgenreich?

Im Folgenden möchte ich in drei Schritten versuchen, ein wenig über die Dilemmata nachzudenken, in die man hineingerät, wenn man sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, was die gegenwärtige Situation unserer Demokratie im Spannungsfeld von Konflikt und Konsens ausmacht.

1. Zur Lage der Demokratie: Regierungsform – Lebensform ? Horizont

Hier kann man sich zum Ersten die Frage stellen, was die Demokratie heute für uns überhaupt ist oder sein kann. Dies ist keineswegs so klar, wie Viele es zu meinen glauben. Ist die Demokratie beispielsweise gleichzusetzen mit einer Reihe von modernen politischen Institutionen? Besteht ihr Wesen in kanonisch gewordenen Rechtstexten und Verfassungsdokumenten? Ist sie eine symbolische Ordnung der Sprache, an der wir durch eingeübte Handlungs- und Diskursformen teilhaben, ohne dass wir dies jeweils explizit begründen müssen? Ist sie eine imaginäre Gemeinschaft, die unterstellt, es gäbe einen für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglichen öffentlichen Diskursraum? Ist sie eine Lebensform von

Bürgerinnen und Bürgern, die sich zivilgesellschaftlich engagieren? Oder ist die Demokratie gar ein Machtdiskurs, der sich gründet in der souveränen Machtausübung der Vielen, die sich niemals einig sein werden?

In jedem Fall ist die Demokratie eine Regierungsform jüngeren Datums. In der Gestalt, wie wir sie heute kennen, wird sie eines Tages zweifellos abgelöst werden durch neue Formen der sozialen Selbstorganisation menschlicher Gesellschaften. Weder ihre Institutionen noch ihre politischen Praktiken und Verfahren sind daher sakrosankt oder ewig. Im Impulstext der Kammer für Öffentliche Verantwortung ist aus diesem Grund die Rede vom Wandel der Demokratie und von ihrer besonderen Veränderungsdynamik. Aber die Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform im Wandel, die in der Geschichte neben anderen Regierungsformen zu stehen kommt, sondern sie ist in einem tieferen Sinne der Horizont, der alle unsere gegenwärtigen sozialen und politischen Lebensformen begleitet.¹ Von unserem gegenwärtigen Standort aus können wir diesen Horizont weder überschreiten noch können wir ihn ernsthaft hinter uns lassen wollen. Wir können daher gar nicht anders, als Demokratinnen und Demokraten zu sein.

Als Horizontentzieht sich die Demokratie oft unserem bewussten Nachdenken und bedingt doch zugleich unhintergebar, *wie* wir miteinander leben, denken, reden, streiten und uns gegenseitig in unseren widerstreitenden Interessen bekämpfen. Die Demokratie ist daher mehr als das, was uns vor Augen liegt: Rechtstexte, Verfassungsorgane, Parlamente, Parteien und die Zahlenspiele der Abstimmungen und Wahlen. Sie bezeichnet stattdessen einen in seinen Grenzen im Letzten immer unbestimmbar und unscharf bleibenden Spielraum an Möglichkeiten, politische Machtausübung zu gestalten. Dieser Spielraum ist vorgegeben, aber keineswegs unveränderlich. Es ist ein Symptom, dass wir dies oft erst dann erkennen, wenn der Horizont des Demokratischen sich uns in einer veränderten Ausgangslage neu erschließt. Genau dies ist auch gegenwärtig der Fall.

Der demokratische Horizont lässt sich aber von *keinem* einzelnen Standpunkt aus bleibend und vollständig übersehen und erkennen. Was demokratisch ist, was Demokratie ausmacht oder nicht, ist deshalb nicht auf ewig festgelegt, sondern ist selbst oft unscharf, oft bis zur Unentscheidbarkeit umstritten und streitig. Es gehört in diesem Sinne zu jedem wahrhaft demokratischen Diskurs dazu, die Auseinandersetzung darüber, was Demokratie abgesehen vom Status quo noch sein könnte, niemals für abgeschlossen zu erklären. Zur Demokratie gehört die Phantasie, die Kreativität, mit den eigenen demokratischen Traditionen und ihren »geronnenen« Gestalten umzugehen und der Vergangenheit, die uns prägt und bezwingt, ein neues Leben abzuringen.

Die Demokratie ist daher dort verkannt, wo sie als *bloße* Regierungsform verstanden wird. Der Kammertext weist in diesem Sinne darauf hin, dass die Demokratie auch die Lebensform ihrer Bürgerinnen und Bürger umfasst, die in großer Vielfalt und in Orientierung an den liberalen Grundrechten eines freien, offenen und toleranten Miteinanders ihre Leben in einem Gemeinwesen gestalten wollen. Um es mit dem Wahlspruch der populären Kreativ-Kampagne »Demokratie-ist-alles« zu sagen: Demokratie ist die Freiheit des Könnens und nicht des Müssens.² Sie fordert ein Bekenntnis, Mut und Initiative des Einzelnen.

Genau dieses Bild und dieses Verständnis von demokratischen Gesellschaften als einer Lebensform der Vielfalt steht aber momentan zur Disposition. Die Ironie des gegenwärtigen Streites um das Wesen der Demokratie und die Grenzen des Demokratischen ist es, dass diejenigen, welche die Demokratie gleichsam als Besitz auf ihrer Seite wännen, oft gar nicht begreifen, wie tief dieser Streit geht und wie sehr er bereits ihre vermeintlich als Fundamente reklamierten Grundüberzeugungen unterspült hat. Denn die Demokratie ist – ob es uns gefällt oder nicht – auch eine große Unruhe, die keineswegs das Unruhestiften von vornherein ausschließt. Sie ist das Experiment und das Wagnis, *im Streit* und damit auch im Feld unauflöslicher Differenzen und bleibender Dissense jeweils neu eine auf Zeit tragfähige Regierung zu erringen.³

Die Regierungsform der Demokratie und die Gesellschaft, die sich diese Regierungsform im demokratischen Sinne selbst gibt, können und dürfen daher niemals identisch werden und zu einer, zu *der* Lebensform der Demokratie werden, welche die ganze Gesellschaft in sich integriert. Es ist daher nicht, wie der Kammertext zuweilen sugge-

riert, der zunehmende Pluralismus individueller Lebensstile, der Unruhe stiftet in unserer Gesellschaft. Es ist vielmehr die freie Gesellschaft selbst, die nirgends existiert, sondern sich zur Erschaffung demokratischer Ordnungen und Konsense allererst zusammenfinden muss, die diese Unruhe hervorbringt, ja sie sogar erzwingt.

2. Konsens und Konflikt: Von Unruhestiftern und Reformern

Damit stellt sich ein zweites Problem, das unser Nachdenken über die Demokratie in Aufruhr zu versetzen vermag, wenn wir es denn zulassen wollen. Die gegenwärtige Lage unserer westlichen Demokratien ist derzeit geprägt durch das Gegenüber von Unruhestiftern und Spaltern auf der einen und Reformern auf der anderen Seite. Die Ersten werden meist als Populisten diffamiert, die Zweiten als liberale Verfassungspatrioten romantisiert und verharmlost. Die hier vorgestellten Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung sind in diesem Spannungsfeld Ausdruck des Bestrebens, innerhalb der Demokratie eine Demokratisierung zu initiieren, ihr eine Reform angedeihen zu lassen und das Recht des Unruhestiftens und die ihm innewohnende Streitigkeit nicht von vornherein zu dämonisieren, wie es in politischen wie kirchlichen Debatten nur allzu oft geschieht.⁴

Über das Wesen von politischen Reformen schrieb der Philosoph Ernesto Laclau einmal Folgendes:

»Jede Reform beinhaltet die Veränderung des status quo, und in den meisten Fällen wird das existierende Interessen verletzen. Der Prozeß der Reform ist ein Prozeß von Kämpfen, kein Prozeß einer leisen, stückweisen, technokratischen Konstruktion. Und daran ist nichts zu bedauern. Erst in diesem aktiven Prozeß des Kampfes werden menschliche Fähigkeiten – [werden; R.K.] neue Sprachspiele – erschaffen.«⁵

Nun war es ebenfalls Laclau, der die Existenz von sozialen Spaltungen und politischen Polarisierungen als »die eigentliche Bedingung einer freien Gesellschaft«⁶ bezeichnet hat. Denn eine freie Gesellschaft ist für ihn etwas anderes als die harmonische Lebensform der Vielfalt. Er kritisiert die Vorstellung scharf, eine Pluralität von Lebensformen könnte auf gleichsam natürliche Weise aus einem Zentrum ausgestrahlt und alle Interessen könnten stets von vornherein wie ein Puzzle zu einem Ganzen zusammengefügt werden. Ein

freies Zusammenfinden von Menschen darf vielmehr die Möglichkeit der Kollision und der Konfrontation von Lebensformen, Sprachspielen oder Interessen niemals ausschließen, anderenfalls wäre dieses Zusammentreffen nicht wirklich frei.

Damit komme ich zum Leitmotiv des Impulstextes der Kammer, das ich ein wenig kritisch befragen möchte. Der Impulstext beschreibt den Konflikt zunächst nicht als defizitären Modus, sondern bezeichnet ihn als Normalfall der Demokratie als Lebensform. Er stellt ihn jedoch weiterhin dem Konsens gegenüber als wäre ein Konsens von ganz anderer Art als ein Konflikt und damit letztlich eine Alternative zu einem Leben in Streit und Konflikt.

Wer möchte hier nicht schwach werden und das letztere wählen? Und ganz gewiss hat diese Versuchung in den vergangenen Jahrzehnten dominiert. Wir haben unsere Differenzen und Dissense scheinbar auf das allergeringste Maß zusammenschrumpfen lassen, haben uns eine neue Wohlfühl-Mitte und damit Harmonie und Wohlbefinden geschaffen und uns der Streitkultur entsetzt, die wehtut und die das große Risiko birgt, existierende Interessen zu verletzen.⁷ Damit haben wir uns aber auch den ganz großen Einspruch, den ganz großen Widerspruch selbst mit erschaffen, haben ihm eine Bühne und ein Podium bereitet, auf dem er sich meisterhaft inszenieren kann.⁸ Und darin ist auch das Recht dieses Einspruches zu begreifen.

Ein Verständnis demokratischer Konsense, welches deren Virulenz wirklich ernst nimmt, und sich der Abgründigkeit politischer Machtdiskurse, die auch die demokratische Politik beherrschen, wirklich stellt, sollte daher vor allem drei Momente stärker berücksichtigen:

1. Soziale Spaltungen und Dissense sind als konstitutiv für den demokratischen Prozess des Ringens um das Wohl der ganzen Gesellschaft anzusehen. Sie sind nicht pathologisch, sondern nur unsere Verdrängung dieser Dissense ist es.⁹

2. Da jeder Überzeugung und jedem Argument ein Zwang innewohnt, den ich auf den anderen ausübe, wäre es naiv, die Demokratie als eine Regierungs- oder Lebensform zu begreifen, die frei von jeglicher Gewaltsamkeit und jeglichen sozialen Ausschlüssen ist oder jemals sein könnte.¹⁰ Eine solche Sichtweise provoziert vielmehr den Gegenbeweis derer, die sich durch die vorherrschenden politischen Programme zu Recht unterdrückt und ausgeschlossen sehen.

3. Jeder Konsens ist – wenn wir ehrlich und aufrichtig Demokratinnen bleiben wollen – nur ein konflikthaft errungener und in Konflikten aufrichtig zu erhaltender Konsens.¹¹ Denn jeder Konsens schließt andere mögliche Konsense aus. Er kann daher jederzeit durch neue und andere Konsense abgelöst und erledigt werden und ermöglicht gerade darin sozialen und politischen Wandel.

Die genannten drei Momente gelten auch für den Konsens, der in diesem Kammertext formuliert ist: Er ist auf der Grundlage von Dissensen errungen und steht noch heute im Dissens der Mitglieder der Kammer. Seine Entstehung war nicht frei von Spaltung im Sinne eines Ausschlusses anderer, alternativer Argumente. Dennoch oder gerade deshalb, weil er durch die Austragung dieser Konflikte hindurchging, bildet er eine auf Zeit tragfähige Grundlage, um weiter an der Demokratisierung der Demokratie und damit an ihrer Reformierung zu arbeiten.

3. Populismus und die Metapher vom Spielfeld und seinen Spielregeln

Zuletzt ist noch ein drittes Dilemma zu betrachten, das sich unumgänglich einstellt, wenn wir das Projekt der modernen Demokratie gegenwärtig verstehen und weiter gestalten wollen. Es besteht in der Herausforderung und Chance der neuen politischen Bewegungen, die oft mit dem Verdikt des Populismus vom demokratischen Diskurs ausgeschlossen werden sollen.

Das Wesen des Populismus ist es, gesellschaftliche Forderungen und Ansprüche, die durch den gegenwärtigen Status quo ausgeschlossen, entortet, fragmentiert und zerlegt werden, zu sammeln und sie um einen neuen populären Kern zu konzentrieren.¹² Indem die populistische Rhetorik die vom Status quo ausgeschlossenen politischen Forderungen um ein neues Zentrum versammelt und sie vereinigt, verschiebt sie die Form und Gestalt dessen, was im Herzen der demokratischen Gemeinschaft liegt: Sie verschiebt und alteriert die imaginäre Idee vom Volk als souveränem Herrscher. Das Volk nimmt daher in populistischer Rhetorik eine neue partikuläre Form und Gestalt an. Dies geschieht mit dem Ziel, eine Öffnung im herrschenden Diskurs zu initiieren und diesen in seinen Machttechniken zu entlarven.

Das Feld des Populismus liegt daher in der Politisierung und Mobilisierung einer radikalen Differenz, die er nicht erschafft, sondern vorfindet: der Differenz zwischen parlamentarischer Repräsen-

tation und demokratischer Gesellschaft.¹³ Es ist die Radikalisierung dieser Differenz, welche die Demokratie allererst zur Regierungsform einer freien und offenen Gesellschaft werden lassen könnte. Die Lehre populistischer Agitationen für uns kann daher die Folgende sein: Wenn die demokratische Regierungsform nicht zu einem totalitären und in sich geschlossenen Metadiskurs erstarren soll, wie sie es gegenwärtig in weiten Teilen ist, darf sie die Gesellschaft niemals – auch nicht als Zivilgesellschaft – als eine in der demokratischen Ordnung vollständig aufgehende Größe betrachten.¹⁴ Denn es wird immer wieder politische Forderungen von Menschen geben, die hier mit uns leben, die aber innerhalb des gegenwärtig vorherrschenden demokratischen Konsenses nicht integriert werden können. Dies ist offen und ehrlich anzuerkennen und diesen Menschen ist vollumfänglich das Recht zuzugestehen, diese Forderungen dennoch im politischen Diskurs zu artikulieren, ohne sofort als Untermenschen zu gelten. Das utopische Projekt, dass die ganze Gesellschaft zum Ort, zur Lebensform der Demokratie werden könnte und Demokratie damit zeit-enthalten verräumlicht,¹⁵ muss daher eines der Hauptangriffsziele der neuen politischen Bewegungen sein und bleiben.

Die Aufgabe des Populismus, wenn wir ihn im Horizont der Demokratie verstehen wollen, ist es also auf der einen Seite, eine Nation, ein Volk in neuer Weise zu rekonstruieren und (fiktional) zu beschwören, und auf der anderen Seite, das bestehende System, den bestehenden Status quo der demokratischen Selbstorganisation aufzulösen und zu verschieben.¹⁶ Populistische Rhetorik zeichnet sich daher dadurch aus, dass sie immer auf der Grenze zwischen Aufbau und Abbau, zwischen Konstruktion und Subversion agiert. Nur wenn ihr dies gelingt, kann sie erfolgreich Veränderungen und eine konflikthafte Öffnung im Bestehenden erzwingen. Wie groß diese Veränderung und wie groß diese Öffnung jeweils sein werden, bestimmt die populistische Rhetorik nicht selbst, sondern dies bemisst sich daran, wie verfestigt oder wie krisenhaft das bestehende System bereits ist.

Der Populismus ist daher ein Symptom ebendieser Schließung und Verfestigung. Er lebt in gewisser Weise eine parasitäre Existenz. Er lebt und nährt sich von der Macht seiner Gegner, die er subversiv zu seiner Macht »macht«. Ganz konkret kann er sich in gegenwärtigen westlichen Demokratien der vorherrschenden Praxis bedienen, einen öffentlichen Raum diskursiv abzugrenzen durch das Aufstellen von Spielregeln, die nicht

mehr verhandelbar sind, und durch das Einsetzen von Schiedsrichtern, die nicht abgewählt werden dürfen. Da es im Falle der bestehenden demokratischen Diskurse vor allem rationalistische und moralische Metaregeln und Schiedsrichter sind, welche die gegenwärtig vorherrschende Diskurspraxis, den gegenwärtig vorherrschenden Konsens sichern, sind es vor allem diese Metaregeln, die angegriffen, verletzt oder provokativ überschritten werden, um sie als machtvoll eingesetzte Regeln zu entlarven und subversiv zu unterlaufen.

Populistische Interventionen gegen das Bestehende, aber auch populistische Neukonstruktionen des Souveräns, des *demos* der Demokratie gab es schon lange und wird es noch lange geben. Inwiefern sie mit sprachlich oder sogar physisch gewaltsamen Provokationen verbunden sind, die bestehende Interessen und Standards verletzen, ist auch davon abhängig, wie geschlossen, wie zeit- und differenz-enthalten wir unsere in Konflikten errungenen Konsense verstehen und vertreten. Die Gretchenfrage kann hierbei sein, inwiefern wir unsere Konsense nach außen hin zementierten oder aber sie immer wieder der konflikthafte Öffnung aussetzen, so schmerzlich dies auch sein mag. Erst wenn wir dies tun, wird auch die populistische Rhetorik neuer politischer Bewegungen sich nicht mehr nur als Störfall, sondern als folgenreiche Verschiebung unseres demokratischen Status quo begreifen lassen. Inwieweit es nun aber mit der evangelischen Freiheit vereinbar oder eben nicht vereinbar ist, diese radikal-demokratische Sichtweise auf die neuen politischen Bewegungen mitzutragen, ist vor diesem Hintergrund für mich eine noch nicht wirklich ausdiskutierte Kernfrage. Mit dieser offenen Frage möchte ich hier aber vorerst schließen.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Oliver Marchart, *Der demokratische Horizont. Politik und Ethik radikaler Demokratie*, Berlin 2018 (im Erscheinen).

² Vgl. die Homepage des Vereins »Artikel 1 – Initiative für Menschenwürde e.V.«, <https://demokratie-ist-alles.de/> (zuletzt abgerufen am 22.8.2017; R.K.).

³ Vgl. Claude Lefort, *Permanence du théologico-politique?*, in: *Le temps de la réflexion* 2 (1981), 13-60, sowie die Fortführung der Demokratietheorie Leforts im radikal-demokratischen Diskurs: Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London 1985.

⁴ Vgl. Günter Thomas, *Wider den kirchlichen Populismus. Warum das AfD-Bashing evangelischer Kirchenvertreter einfach töricht ist*, in: *Zeitzeichen* 7 (2017), <http://zeitzeichen.net/meinung/guenter-thomas-afd-und-kirche/> (abgerufen am 22.8.2017; R.K.).

⁵ Ernesto Laclau, *Gemeinschaft und ihre Paradoxien*: Richard Rortys »Liberale Utopia«, in: Ders., *Emanzipation und Differenz*, übers. v. O. Marchart, Wien 2002, 150-173, hier 162.

⁶ Vgl. ebd., 163.

⁷ Vgl. Chantal Mouffe, *Agonistik. Die Welt politisch denken*, Berlin 2014, 21-26.

⁸ Vgl. Chantal Mouffe, *The Return of the Political*, London 1993, 5: »The absence of a political frontier, far from being a sign of political maturity, is the symptom of a void that can endanger democracy, because the void provides a terrain that can be occupied by the extreme right to articulate new antidemocratic political identities.«

⁹ Vgl. Hans-Joachim Maaz, *Das falsche Leben. Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft*, München 2017.

¹⁰ Vgl. Laclau, *Gemeinschaft und ihre Paradoxien*, 164-171.

¹¹ Vgl. Mouffe, *Agonistik*, 29-30.

¹² Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005, 177.

¹³ Vgl. die These, dass es für eine radikale Demokratisierung gerade konstitutiv ist, dass die symbolische Ordnung der Reprä-

sentation mit der sozialen Realität nicht zur Deckung gebracht und auf Dauer gestellt werden kann, in: Claude Lefort, Marcel Gauchet, *Über die Demokratie. Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen*, in: Ulrich Rödel (Hg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a.M. 1990, 89-122, hier 94-96. Sowie zur Diskussion dieser These: Rebekka A. Klein, *Depotenzierung der Souveränität*, Tübingen 2016, 34-43.

¹⁴ Vgl. den Verweis auf den in der Konsensdemokratie verdrängten »Teil ohne Anteil« (*la part des sans-part*), den von der politischen Repräsentation ausgeschlossenen Teil der Gesellschaft, dessen Virulenz eine bruchlose Einheit der Gesellschaft unmöglich macht, in: Jacques Rancière, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M. 2002.

¹⁵ Vgl. zur Kritik an Politik als Verräumlichung: Oliver Marchart, *Kunst, Raum und Öffentlichkeiten. Einige grundsätzliche Anmerkungen zum schwierigen Verhältnis von Public Art, Urbanismus und politischer Theorie*, in: *transversal texts pre_public 1* (2002), <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/de> (zuletzt abgerufen am 22.8.2017, R.K.).

¹⁶ Vgl. Laclau, *On Populist Reason*, 178f.



Um die »konstitutive Gerechtigkeit« streiten. Ein Kommentar

Von Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joas, Inhaber der Ernst-Troeltsch-Honorarprofessur an der Humboldt-Universität zu Berlin

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Ein langes, tiefes, hörbares Aufatmen: Das war meine körperliche Reaktion auf die Lektüre des Impulspapiers. Es ist nicht unbekannt, dass ich die fast einschränkungslose Unterstützung der Politik der Bundeskanzlerin in migrationspolitischen Fragen durch die beiden großen Kirchen in Deutschland seit dem Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015 mit beträchtlicher Sorge und wachsenden Zweifeln verfolgt habe. Besonderen Anstoß nahm ich an den Äußerungen aus der evangelischen Kirche, denen zufolge es sich hier gar nicht eigentlich um politische, sondern individualmoralische Entscheidungen handle und aufzuklären sei, warum es selbst in Kirchengemeinden Kräfte gebe, die gegen eine so offensichtlich dem Geist des Christentums entsprechende Politik opponierten. Außer in einigen Zeitungsinterviews – etwa dem Streitgespräch mit Susan Neiman in der »Zeit« vom 16. Juni 2016 – habe ich mich vor allem in meinem Buch *Kirche als Moralagentur?* dazu geäußert.

Dabei war die ursprüngliche Zielsetzung dieses Buches eine andere. Eigentlich ging es mir darum, die Augen zu öffnen für die Unwahrscheinlichkeit der Institution Kirche – einer Institution, die keineswegs alle Religionen hervorbringen –, und um die Unwahrscheinlichkeit ihrer Kontinuität über sehr lange Zeiträume. Den titelgebenden Akzent erhielt das Buch dann aber durch die Sorge, dass die Kirchen heute durch noch so gut gemeinte politische Simplifizierungen an Glaubwürdigkeit und Kraft verlieren könnten.

Das Impulspapier schlägt nun in all den Hinsichten, die mir Sorge bereiteten, ganz andere, deutlich selbstkritische Töne an. Da ich ihm weitgehend zustimme, beschränke ich mich in dieser Stellungnahme auf drei Punkte, in denen ich Differenzen oder weiteren Diskussionsbedarf sehe.

1. These 3 enthält den Satz »Demokratien laufen immer wieder Gefahr, weit hinter ihrem eigenen Leitbild zurückzubleiben.« (S. 12).

Dieser Satz erscheint mir als bemerkenswerter Euphemismus. Ich bin versucht, die radikale Gegenthese zu verteidigen: Es hat noch nie eine Demokratie gegeben, die ihrem Leitbild nahe gekommen ist. Was die *Geschichte* der Demokratien, auch in den führenden westlichen Ländern, betrifft, ließe sich diese Gegenthese rasch durch den Verweis auf die Geschichte des Wahlrechts plausibel machen (Ausschluß der Frauen; preußisches Dreiklassenwahlrecht; faktischer Ausschluß schwarzer Unterschichten in den USA usw.). Doch auch die *gegenwärtigen* Demokratien sind meines Erachtens zumindest in vier Hinsichten weit vom Leitbild entfernt:

- a. der oft verdeckte Einfluss wirtschaftlicher Interessenvertreter auf die demokratische Willensbildung bis hin zur offenen Käuflichkeit von politischen Entscheidungen;
- b. die zunehmende Verlagerung wesentlicher politischer Entscheidungen auf supranationale Ebenen;
- c. die Schwächung der Parlamente durch Überforderung im Zeitmaß und in der Komplexität der Entscheidungsmaterien; d, die wachsende soziale Ungleichheit in der politischen Partizipation.

2. Das Impulspapier spricht wie viele andere Beiträge zur gegenwärtigen politischen Diskussion zu pauschal vom »Wandel« und entsprechend von den »Ängsten« und »Sorgen«, die dieser Wandel auslöse. Dabei enthält These 4 den ausgezeichneten Hinweis, dass weder der Wandel noch das zu erhaltende Vertraute als alternativlos zu begreifen seien, »sondern auch hier die demokratische Auseinandersetzung um das rechte Maß und das rechte Ziel zu suchen« sei. (S. 16). Dem folgt das Impulspapier aber selbst häufig nicht. Doch ist in der Tat niemand verpflichtet, das Neue als solches als besser zu empfinden. Wer es mit Gründen ablehnt, dessen Gründe müssen erörtert werden. Er oder sie haben Ängste und Sorgen meist nicht mehr oder weniger als die, die einen bestimmten Wandel begrüßen oder unwidersprochen hinnehmen. Gerade auch der Begriff »Globalisierung« ist, so gesehen, ein gefährlicher und viel zu globaler Begriff.

3. These 5 formuliert für mich überzeugend, dass in einer Demokratie auch die Fragen der Zugehö-

rigkeit, das heißt der Aufnahme neuer Staatsbürger, demokratisch zu entscheiden sind. Für diese Fragen benutze ich (im Anschluß an Michael Walzer und William Barbieri) den Begriff der »konstitutiven Gerechtigkeit«. Bei diesen demokratisch zu treffenden Entscheidungen sind zwar eine Vielzahl von Kriterien zu berücksichtigen; mit dem Verweis auf Menschenrechte und universale Menschenwürde allein sind sie aber nicht zu bewältigen. Das Impulspapier bleibt in dieser Hinsicht allerdings ganz abstrakt. Es spricht nur von zu prüfenden Fragen, ohne allerdings den Versuch zur Benennung klarer Kriterien zu unternehmen, und endet mit dem schrecklich paternalistischen Satz gegenüber denjenigen, die Vorbehalte haben: »Auch ihre Anfragen müssen gehört werden«. Wer darf da in einer Demokratie nur »gehört werden«, wer »hört« da allein?

Insgesamt ist das Impulspapier ein äußerst begrüßenswerter Anstoß, die Kirchen selbst auch als Orte demokratischer Beteiligung lebendig zu halten. Niemand bestreitet heute, dass die Schwächung des deutschen Protestantismus auch auf seine Verbürgerlichung im neunzehnten Jahrhundert und die Entfremdung von der Arbeiterschaft zurückgeht. So weit entfernt die deutschen Bildungsschichten heute vom Nationalismus und Antisemitismus ihrer Vorfahren sind, so wenig sind sie sich oft bewusst, dass auch ein vielreisendes, multilinguales und europabegeistertes Bürgertum ein Bürgertum sein kann, das die Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der Weltsicht und den Interesselagen derjenigen einheimischen Menschen, die nicht zu ihm gehören, verloren hat. **D**

Komplexität wahrnehmen – dem Dialog einen Raum geben. Ein Kommentar

Von Prof. Dr. Andreas Busch, Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und politische Ökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Die heute im Zentrum stehende Frage lautet: Wie streitfähig ist die Kirche? Der Versuch einer Antwort sollte, so denke ich, zwei Bereiche unterscheiden: zum einen den des politischen Systems unseres Staates Bundesrepublik Deutschland und zum anderen den der Binnenperspektive der evangelischen Kirche in Deutschland.

Was das politische System betrifft, so spielt die Kirche in diesem keine *entscheidende* Rolle. Sie ist aber Teil eines (in der Bundesrepublik relativ stark ausgeprägten) Systems von *beratenden* und ihre Interessen zum Ausdruck bringenden Gruppen, die im Politikprozess – sowohl in formalisierter Art wie auf informelle Weise – gehört werden. Als solche ist sie (zumindest in der Vergangenheit) auch durchaus einflussreich gewesen. Dabei muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Kirche in diesem Prozess eine etwas andere Rolle spielt als etwa Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder sonstige Interessengruppen, die primär auf (zudem vor allem materielle) Eigeninteressen ihrer Mitglieder abheben. Ihrem Anspruch nach will Kirche vor allem das gesamte Gemeinwesen in den Blick nehmen und das Gemeinwohl stärken. Das ist angesichts der vielen Millionen Mitglieder, für die sie sprechen will, und deren in vielerlei Hinsicht großer Unterschiedlichkeit ein sinnvoller Ansatz. Die evangelische Kirche hat also im politischen Prozess eine aktive, aber eher beratende und Fragen stellende Funktion. Sie ist keine Partei und sollte es daher auch diesen überlassen, konkrete Antworten auf politische Fragen zu formulieren. Allerdings ist anzuerkennen, dass hier eine Spannung zu dem dringenden, sich aus der Botschaft des Christentums speisenden (zumal protestantischen) Wunsch nach Eindeutigkeit der Position existiert. Diese Spannung muss reflektiert werden, um zu verdeutlichen, was die Funktion der Kirche im politischen System des liberalen Verfassungsstaats ist.

Was die innerkirchliche Diskussion betrifft, so birgt der Wunsch nach Eindeutigkeit zudem erhebliche Risiken. Denn in sehr vielen politischen Fragen sind evangelische Christen durchaus unterschiedlicher Auffassung – und das ist auch richtig und legitim. Aus dem christlichen Glauben lässt sich nun einmal nicht die richtige Antwort auf viele politische (Detail-)Fragen ableiten, also etwa die richtige Höhe von Steuersätzen oder von CO₂-Emissionsgrenzen. Die Kirche tut deshalb gut daran, konkrete Festlegungen auf bestimmte (partei-)politische Positionen zu vermeiden. Damit ist aber keineswegs einer quietistischen Position das Wort geredet! Aktives Hinterfragen politischer Lösungsvorschläge, gerade im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit wertgebundenen Grundsatzpositionen, ist generell eine wichtige Aufgabe in der Demokratie, gerade auch für die Kirche. Wenn sie die *Vielfalt* der Positionen ihrer Mitglieder wertschätzend anerkennt und wenn sie diese in einen Dialog miteinander bringt, der das Wissen um die Komplexität politischer Probleme zur Grundlage hat, kann die Kirche einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Verständigung leisten.

Die bundesdeutsche Vergangenheit ist ein Beispiel dafür, dass das gut gelingen kann: Die evangelische Kirche hat in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Institutionen und Foren geschaffen (wie zuvörderst die evangelischen Akademien, aber auch das Kammerwesen und bestimmte Formen von Publikationen und Veranstaltungen), in denen eine Dialogkultur zwischen sehr unterschiedlichen Positionen entstand und gepflegt wurde. Gerade die Klammer des gemeinsamen Glaubens ist in einem solchen Prozess eine Ressource, weil sie ein Vertrauen auf den guten Willen der jeweils anderen Position schafft.

Diese innerkirchliche Dialogkultur kann man vielleicht als *Meta-Einfluss* auf den politischen Prozess interpretieren, denn über die Etablierung eines solchen Diskussions- und Umgangsstils hat die Kirche Einfluss auf das Politikmodell der Bundesrepublik genommen und dieses positiv (mit-)geprägt. Damit ist ein kaum zu überschätzender Beitrag zu seinem Erfolg geleistet worden, der sich sehr vom Verhalten des Protestantismus

in Deutschland vor der Zeit der Bundesrepublik unterscheidet.

In Zeiten sinkender Mitgliederzahlen und eines (zumindest perzipierten) Einflussverlusts sollte die Kirche deshalb nicht versuchen, sich durch

schnellere (und damit notwendig etwas schrille-re) Äußerungen der aktuellen Medienkultur und Aufmerksamkeitsökonomie anzupassen, sondern sich selbstbewusst der eigenen Traditionen entsinnen und diese zeitgemäß weiterentwickeln. **D**

Mut zur inhaltlichen Auseinandersetzung – Schlusswort

Von Bischof Dr. Dr. h. c. Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Ich lese das vorgestellte EKD-Papier »Konsens und Konflikt« aus der Perspektive eines Menschen, der die neue Qualität politischer Diskussionen aktiv erlebt: in der öffentlichen politischen Diskussion, in der Kommunikation in sozialen Medien und in den Diskussionen in den Synoden und Gemeinden unserer Kirche. Für mich ist der Text eine wichtige Stimme in einer sich rasant wandelnden politischen Landschaft, in der unsere Kirche sich neu orientieren muss.

Was ist aus dieser Perspektive das Besondere an dem EKD-Text »Konsens und Konflikt«?

Es wird das Aufkommen sich neu profilierender Positionen nicht *nur* negativ bewertet, wie dies vielfach innerhalb der evangelischen Kirche gesehen wird, sondern als »ambivalent« im Wortsinn, also als zwiespältig. Denn das Aufkommen sich neu profilierender Positionen könnte zur Stärkung einer lebendigen demokratischen Kultur beitragen, auch wenn bei dieser Neuprofilierung Positionen zu hören sind, die einem großen Grundkonsens in der Evangelischen Kirche in Deutschland widersprechen. Die politische Kultur wird allerdings nur dann konstruktiv belebt, wenn das destruktive Potential bestimmter Strukturen und Mentalitäten, das im Kontext rechtspopulistischer Kräfte durchaus stark vorhanden ist, »eingehegt« wird, wie der Text es ausdrückt. Dieser Aspekt, dass nämlich durchaus auch ein starkes destruktives Potential in den neuen Bewegungen lebendig ist, ist in der Podiumsdiskussion überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Die Podiumsteilnehmer waren mir in der konstruktiven Einschätzung der neuen rechtspopulistischen Bewegungen zu einig. Da wäre mir mehr Konflikt und weniger Konsens, also mehr kontroverse Diskussion auf dem Podium lieber gewesen. Die Akteure der neuen Bewegung sind ja keineswegs nur darauf aus, die demokratische Kultur weiterzuentwickeln. Viele verfolgen durchaus destruktive Ziele, um die demokratische Kultur mit demokratischen Mitteln zu untergraben.

Die beiden großen Kirchen haben deshalb bisher die notwendigen Abgrenzungen gegenüber rechtspopulistischen Positionen sehr deutlich gemacht. Und davon werden in dem vorliegenden Papier auch keine Abstriche gemacht. Das destruktive Potential wird erkannt und die notwendigen Grenzen werden gezogen:

- Mit denen, die die demokratische Kultur im Kern angreifen, ist nicht zu reden. Ihnen ist entgegenzutreten.
- Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen dürfen kein Raum gegeben werden.
- Wo demokratische Aushandlungsprozesse und deren Institutionen unterlaufen werden sollen, lächerlich gemacht werden und als zu mühsam abgelehnt werden, wo dafür ein vorgeblicher »Volkswillen« postuliert wird, da sind die Grenzen des in einer demokratischen Kultur Duldbaren überschritten, und auch die Grenzen dessen, was im Raum der Kirche geduldet werden kann.

Andererseits leitet das Papier zu kritischer Selbstreflexion an. Es hat ja vor allem auch die Zielrichtung, einen innerkirchlichen Diskussionsprozess anzuregen, wie mit der aktuellen politischen Situation in dynamischen Veränderungsprozessen umzugehen ist:

Es provoziert Fragen, die durch die Podiumsdiskussion noch einmal zugespitzt wurden:

Sind wir als evangelische Christen bereit, auch andere Grundpositionen im Diskurs zu hören und uns argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen; andere, als die, die viele im Bereich der evangelischen Kirche bisher als Allgemeingut unserer Gesellschaft verstanden haben und bei denen sie sich mit ihrer eigenen theologischen und ethischen Anschauung zu Hause fühlen konnten? Zum Beispiel:

Andere Vorstellungen der Gestaltung der Zuwanderungspolitik. Müssen wir nicht die Debatte führen über die »konstitutive Gerechtigkeit« (Hans Joas)?

Andere Vorstellungen, wie sich unsere Nation in der Globalisierung verstehen soll?

Eine andere Europa-Politik?

Andere Auffassung von Lebensformen, die zu fördern und zu unterstützen sind?

Es gibt in unserer Kirche zu vielen dieser Themenkreise einen breiten und ethisch-theologisch gut begründeten Konsens. Dieser ist kraftvoll in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Aber wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, zu dekretieren, zu postulieren, in dem wir den politischen Diskurs moralisieren und damit in seiner Freiheit einschränken. Diese feine Unterscheidung ist eine wichtige Unterscheidung: Ethisch-moralische Positionen kraftvoll einbringen – ja, das ist unser Auftrag! Aber wir dürfen den Diskurs selbst dabei nicht moralisieren!

Letztlich eröffnet das Papier »Konsens und Konflikt« eine konstruktive Perspektive:

Die Neuprofilierung von Positionen, die bisher kaum repräsentiert waren, ist grundsätzlich notwendig für unsere demokratische Kultur, damit Stimmen und Meinungen sich artikulieren können, die bisher nicht ausreichend repräsentiert sind.

Es müssen sich aber noch die Geister scheiden: die demokratiefeindlichen Mentalitäten, Positionen und Strukturen müssen sich scheiden von

den demokratieförderlichen Einbringungen, die der sachlichen Auseinandersetzung bedürfen.

Der Text macht Mut zu verschärften inhaltlichen Auseinandersetzungen und warnt davor, aus Harmoniebedürfnis bestimmte inhaltliche Positionen grundsätzlich auszuschließen, um einen Freiraum zu gewinnen, in dem der gewohnte moderate Positionsaustausch weiter gepflegt werden kann. Natürlich vorausgesetzt, diese Positionen überschreiten nicht die rote Linie der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte!

Wichtig für uns ist, dass dieses Papier in unserer Kirche intern diskutiert wird, damit die Gemeinden sich auf den Weg machen, sich argumentativ mit neuen rechtspopulistischen Meinungen auseinanderzusetzen; damit die evangelische Kirche sich stärker darauf einstellt, konfliktuöse Debatten zu führen. Die Erwartungen, die an mich als kirchenleitende Person herangetragen werden, sind zurzeit oft noch dergestalt, dass von der Kirchenleitung erwartet wird, kirchenrechtlich gegen Personen vorzugehen, die rechtspopulistische Positionen vertreten. Es können aber in unserer Kirche wie in unserer Gesellschaft mit gutem Grund nur extremistische Positionen und deren Vertreterinnen und Vertreter ausgegrenzt werden. Christenpflicht ist es, sich streitbar auch und gerade mit Positionen auseinanderzusetzen, die der eigenen theologischen und ethischen Auffassung widersprechen. **D**

Schlaglichter aus der Podiumsdiskussion

Oberkirchenrat Dr. Roger Mielke, Referent für Öffentliche Verantwortung im Kirchenamt der EKD und Geschäftsführer der Kammer für Öffentliche Verantwortung

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland, Französische Friedrichstadtkirche, Berlin, 21.8.2017

Im Zentrum der Präsentation des Kammertextes am 21. August stand neben den Impulsen von Prof. Reiner Anselm, Prof. Rebekka Klein, Prof. Hans Joas und Prof. Andreas Busch, eine von Prof. Paul Nolte, Präsident der Evangelischen Akademie und Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin, moderierte Podiumsdiskussion. In dieser Diskussion sollten die vier Beiträge noch einmal gegeneinander profiliert und aufeinander bezogen werden. Im Folgenden soll hier nicht die Diskussion wiedergegeben werden, es kann nur darum gehen, einige Leitbegriffe der Diskussion knapp zu skizzieren.

1. Debattenkultur

Um die interne Debattenkultur des deutschen Protestantismus ist es schlecht bestellt. Die Spielräume der Debatte seien zu eng geworden. Darin waren sich die Diskutierenden einig. Dass die politischen Stellungnahmen der Kirchen ihre eigene interne Pluralität nur höchst ungenügend aufnehmen und dass diese Stellungnahmen in der Öffentlichkeit vielfach als bloße Verstärkung eines linksliberalen Mainstreams der politischen und medialen Eliten wahrgenommen werden, wurde in der Diskussion nur als eine Seite des Problems markiert. Eine andere Facette sei die, verglichen etwa mit den leidenschaftlichen und polarisierenden Auseinandersetzungen um die Friedensethik in den 1980er Jahren, nur sehr ausgekühlte Bereitschaft zum Streit um Themen und Positionen. Die interne Vielfalt abzubilden und in die Urteilsbildung einzuspeisen wurde als dringendes Desiderat angesehen. Dass die evangelische Kirche etwa in den Akademien Orte der exemplarischen Auseinandersetzung eigens eingerichtet hatte und diese vor allem in den frühen Jahren der Bundesrepublik auch eine wichtige politische Aufgabe erfüllten, sei eine bis heute wichtige Ressource.

2. Beteiligung

Menschen in den politischen Prozess einzubeziehen, um Beteiligung an demokratischen Entscheidungen zu werben, darin liegen die wesentlichen Aufgaben für die Zukunftsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens. Demokratiebildung als formale und non-formale, informelle Bildung sei dafür eine wichtige Voraussetzung. Allerdings gelte es auch einer Intellektualisierung der politischen Beteiligung zu widerstehen. Die emotionale Seite der Politik sei gerade in Deutschland nur schwach entwickelt. Immerhin wurde auch die Frage berührt, ob die politische Ordnung des Grundgesetzes überhaupt noch einen geeigneten Rahmen für »das Politische« abgebe und nicht vielmehr ein »neues Grundgesetz« gebraucht werde. Ist der Konflikt um das Politische durch die Verfahren der liberalen Demokratie derart eingehegt, dass man sich schon längst in einem, so die gängige Begriffsbildung von Colin Crouch, »postdemokratischen« Zustand befinde, dessen Regelwerke dann nahezu zwangsläufig durch die populistischen Angriffe »unterlaufen« werden. Es meldete sich auch ein leiser Zweifel, ob es nicht eine Überforderung der Demokratie sei, alle Abhilfe von deliberativen Verfahren zu erwarten, die nach aller Erfahrung überwiegend von den »Gebildeten« genutzt werden. Überhaupt bleibe die Demokratie immer hinter ihrem Begriff und ihren Verheißungen zurück. Es gebe sie nur im »Krisenmodus«. Allerdings seien Bildung und Beteiligung gerade für die evangelischen Kirchen Identitätsmarker, hinter die man auch bei begründeter Skepsis nicht zurückfallen dürfe, zu denen es realistisch betrachtet auch keine Alternativen gebe.

3. Komplexe Aushandlungsprozesse

Dem starken Konsensdruck nun allerdings den auf Dauer gestellten Konflikt als Idealbild entgegenzustellen führe auch in die Irre. Die Konsensdemokratie deutscher Prägung sei in vielen ihrer Ergebnisse der eher konfliktbetonten Mehrheitsdemokratie etwa britischer Prägung durchaus überlegen. Die komplexen Problemlagen einer modernen Gesellschaft bedürfen komplexer Aushandlungsprozesse, die alle betroffenen Ebenen in Entscheidungen einbezieht. Dies sei durch die Betonung des Konflikts als solchem nicht zu erreichen. Gerade innerhalb dieser Aushandlungs-

prozesse, in denen mehr als nur partikulare Interessen formuliert und zur Geltung gebracht werden müssen, habe dann auch die demokratische Auseinandersetzung ihren Ort.

4. Moralisierung der politischen Debatte

Höchst problematisch allerdings werde es dort, wo politische Fragen auf moralische Fragen reduziert und damit der Auseinandersetzung entzogen werden. Implizit werde damit gesagt: »Wenn du mit meiner moralischen Stellungnahme nicht mehr einverstanden bist, habe ich Zweifel, ob Du noch moralisch akzeptabel bist.« Dies führe zum Ausschluss moralisch missliebiger Positionen aus dem Raum des demokratischen Streits. Die politische Auseinandersetzung bedürfe der Grenzen, etwa in der Frage der Gewalt, allerdings seien diese Grenzen weit zu ziehen. Grenzbestimmungen seien in den meisten Fällen selbst politische Auseinandersetzungen und werden auch über die Besetzung von Begriffen vorgenommen. In der Frage von Flucht und Zuwanderung hätten sich kirchliche Verlautbarungen vielfach einer derart moralisierenden und exkludierenden Sprache bedient.

5. Kosmopolitisierung der Eliten

Eine wesentliche politische Bruchlinie verlaufe zwischen denjenigen, die der kulturellen und wirtschaftlichen Globalisierung kritisch gegenüberstehen, und kosmopolitischen Eliten, die sich weitgehend von den lokalen und regionalen Kontexten entkoppelt haben. Auch durch die rasanten Entwicklungen in der Mediennutzung haben sich

die Bedingungen des Politischen verschoben. Eine die geographischen und politischen Grenzen weit überschreitende, auf den Bildungsgrad und die wirtschaftliche Teilhabe an transnationalen Netzwerken bezogene Schicht von gesellschaftlich relevanten Akteuren und politischen Entscheidern tue sich sehr schwer damit, die Anliegen der Menschen an der Peripherie zu hören und ernst zu nehmen. Die im Impulstext eingeforderte Responsivität der Politik müsse sich diesen Mechanismen kritisch stellen und an ihrer Überwindung arbeiten.

6. Oligarchisierung und die Problematik der Advocacy

Auch im Impulstext der Kammer begegne an einigen Stellen so etwas wie ein paternalistischer, herablassender Ton. Es gehe ja nicht darum, sich den »Abgehängten« als einem Gegenstand kompensatorischer Fürsorge – und sei es eine Fürsorge der »Erziehung« zur Demokratie – zuzuwenden. Wesentlicher als ein Anwalt der Schwachen zu sein, sei es, die »Schwachen« für die Artikulation ihrer eigenen Anliegen, für die demokratische Beteiligung, zu begeistern und zu befähigen. Dem könne allerdings der Anspruch der Kirchen, advokatorisch für die »Opfer« einzutreten, geradezu entgegenstehen. Das im Kontext der Parteienforschung formulierte »eherne Gesetz der Oligarchie« (Robert Michels), nach dem Funktionseliten »ihre« Organisationen dominieren und instrumentalisieren und sich damit eine größere Homogenität der Organisationen ergibt, scheinete auch im Falle der Kirchen einige Erschließungskraft zu besitzen. D

Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. *Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland*

Vorwort

Gesellschaften sind immer im Wandel. Das gilt auch für rechtsstaatlich verfasste Demokratien. Der Blick auf einige europäische Nachbarstaaten und auf die USA zeigt, wie rasant und teilweise tiefgreifend dieser Wandel ist. Dieser Blick lehrt uns auch, dass selbst innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterschiedlich konstruiert sein und nach unterschiedlichen Regeln funktionieren können. Das Nebeneinander von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht beispielsweise zeigt, wie unterschiedlich man demokratische Beteiligung denken und konzipieren kann.

Auch in Deutschland erleben wir eine Veränderung der Demokratie. Die bundesrepublikanische Gesellschaft der Nachkriegszeit war stark konsensorientiert. Obwohl es bereits in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erhebliche Konflikte gab, die teilweise in Gewalt umschlugen, war doch eine breite Mitte auszumachen, auf die hin man Konflikte moderieren konnte. Vor diesem Hintergrund hat die Evangelische Kirche in Deutschland 1985 ihr Verhältnis zu Demokratie und Rechtsstaat in einer Denkschrift beschrieben. Sie sah ihre Rolle vornehmlich darin, die von ihr vertretenen Werte und das Orientierungswissen der christlichen Tradition in die Konsensfindung einzubringen.

Verglichen mit anderen Ländern ist die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor in hohem Maße konsensorientiert und stabil. Dennoch ist die Gesellschaft nicht mehr so homogen wie früher. Populismus hat in der Parteienlandschaft und in der Gesellschaft insgesamt zugenommen. Die Nutzung der digitalen Medien hat zu einer ungeheuren Beschleunigung von Debatten und einer teilweise erheblichen Brutalisierung des Tons der Auseinandersetzung geführt. Stärker als früher müssen wir uns darauf einstellen, dass manche Konflikte bleibend sein werden. Umso mehr stellt sich für alle gesellschaftlichen Kräfte die Aufgabe, am Zusammenhalt der Gesellschaft mitzuwirken.

Der vorliegende Text der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD beschreibt diese verän-

derte gesellschaftliche Situation, skizziert Bedingungen und Funktionsweisen des Populismus und nimmt diese Analyse zum Ausgangspunkt für Überlegungen, wie die evangelische Kirche sich unter diesen Bedingungen mit ihren Überzeugungen, ihren Werten und ihrem Glauben in politische Debatten einbringen kann. Das erfordert zum einen die Rückbesinnung auf die Grundsätze der EKD-Denkschrift von 1985, zum anderen das Aufnehmen neuer Fragestellungen. Manche Frage stellt sich heute anders und dringlicher, etwa die Frage, mit wem man spricht und mit wem man Gespräche ablehnt bzw. unter welchen Bedingungen Gespräche auch mit denen möglich sind, die Menschen ausgrenzende Positionen vertreten. Eine zu frühe Grenzziehung kann Positionen stärken, die man nicht stärken möchte. Fehlende oder unklare Grenzziehungen können grundlegende Werte in Gefahr bringen. So erscheint das Evangelium nicht nur als eine Botschaft, von der her materiale Überzeugungen in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen sind, sondern auch als Botschaft, die mit ihrem starken Freiheitsimpuls für einen breiten, möglichst offenen Diskursraum eintritt.

Der Text richtet sich an alle diejenigen in Kirche, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit, die über unsere gegenwärtige gesellschaftliche Situation nachdenken und etwas zur Stabilität der Demokratie und zur Fortentwicklung unserer offenen Gesellschaft beitragen wollen. Ganz bewusst wählt der Kammertext nicht den Ton einer Verlautbarung. Er ist vielmehr – dem Thema angemessen – in einem nachdenklichen, diskursiven Ton geschrieben. Damit trägt er in die gegenwärtige öffentliche Debatte über Zustand und Zukunft unserer Gesellschaft, in der oftmals aufgeregt und laut gesprochen wird, einen eher behutsamen, auf Dialog ausgerichteten Ton ein. Ich wünsche dem Text sehr, dass dieser Ton und auch die Zwischentöne gehört und aufgenommen werden. Der Kammer und ihrem Vorsitzenden, Professor Dr. Reiner Anselm, danke ich herzlich für ihre Arbeit!

Hannover, im August 2017

Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Landesbischof, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

1. Christliche Freiheit und Demokratie als Lebensform

Im Jahr 2017 feiern die evangelischen Kirchen den Beginn der Wittenberger Reformation vor 500 Jahren. Hinter ihnen liegt ein langer und schmerzhafter Lernprozess, der sie die Bedeutung der reformatorischen Botschaft von der Freiheit eines Christenmenschen für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft erst allmählich erkennen ließ. Die evangelischen Kirchen in Deutschland gelangten nur schrittweise, nach dem Zusammenbruch von 1945 und im Angesicht des Grauens, das der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, zu einer positiven Würdigung der Demokratie. Sie interpretieren heute die freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes als eine Entsprechung zu der Freiheit, die das Evangelium von Jesus Christus ermöglicht und verbürgt. Diese Freiheit beinhaltet immer zugleich die Freiheit zur Verwirklichung eigener Lebenschancen und die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Dass die unveräußerlichen Menschenrechte anerkannt sind, dass die staatliche Gewalt an das Recht gebunden ist, dass alle Entscheidungen des staatlichen Handelns grundsätzlich korrigierbar sein müssen: Diese Grundlagen der freiheitlichen Demokratie verstehen die Kirchen in Deutschland heute als Entsprechung zum christlichen Menschenbild, das von der Würde und Freiheit des Menschen ebenso spricht wie von seinen Begrenztheiten und seiner Anfälligkeit für Fehler. Auch im politischen Raum gilt: Der Mensch ist gerecht und Sünder zugleich.

Wie jede andere staatliche Ordnung ist die Demokratie einem steten Wandel unterworfen. Gerade weil sie die Freiheit ihrer Bürger zum Ziel hat, entfaltet sie auch eine besondere Veränderungsdynamik. Diese betrifft nicht nur das Leben in der Demokratie, sondern auch die Demokratie selbst. Solche Veränderungen sind in den letzten Jahren deutlich hervorgetreten: Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist nicht nur pluraler und individueller geworden, sondern auch fragmentierter und stärker von Konflikten geprägt. Nicht bewahrheitet hat sich dabei die Erwartung, dass Konflikte durch eine »Fundamentalliberalisierung« (Jürgen Habermas) entschärft werden und in ein Miteinander verschiedener Kulturen und Weltanschauungen münden könnten. Zwar ist die Gesellschaft offener geworden, aber mit dieser Offenheit steigt auch das Potenzial für Konflikte. Von den staatlichen Institutionen wird auch weiterhin eine umfassende Daseinsvorsorge erwartet. Gleichzeitig zeigen empirische Untersuchungen, dass das Vertrauen in Politiker, Parteien und

Parlamente abnimmt. Die internationalen Verflechtungen sind auf der Ebene der Politik, aber auch auf den Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft stärker geworden. Gleichzeitig werden in den Auseinandersetzungen um die Kompetenzen der EU oder neue Freihandelsabkommen tiefgreifende Interessengegensätze deutlich. Nicht zuletzt ist die Rolle der Religion im politischen Raum wieder stärker sichtbar geworden. Gleichzeitig lassen die Bindekräfte der Kirchen nach, die noch vor wenigen Jahrzehnten gesellschaftsbestimmend waren.

Die Kirchen stehen für die Demokratie als Lebensform der Vielfalt ein.

All diese Veränderungen haben auch zu einem Wandel in der Praxis der Demokratie geführt. Die Denkschrift »Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie« von 1985 konnte den politischen Konflikt noch problematisieren und thematisierte die Demokratie vorrangig als Verfahren, um Konsens in politischen Fragen zu erreichen. Heute stellt sich die Lage anders dar: Die Demokratie wird mit bleibenden Konflikten rechnen müssen. Sie steht vor der Herausforderung, erheblich vielfältigeren Lebensformen gerecht zu werden und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick zu behalten. Zu dieser veränderten Demokratie müssen sich die evangelischen Kirchen verhalten und sich deren weiterentwickelte Strukturen und Prozesse neu aneignen. Dazu gehört insbesondere die Einsicht, dass der Konflikt nicht per se bereits eine Krise, sondern eher den Normalfall der Demokratie darstellt. Daher ist es auch kein realistisches Ziel, jeglichen Konflikt in Konsens zu überführen. Zwar ist die Demokratie darauf angelegt, verschiedene Interessen und Sichtweisen in ein förderliches Verhältnis zueinander zu bringen. Im Spannungsfeld von Konflikt, Kompromissen und Konsens kommt es aber vor allem auf eines an: Strukturen und Mentalitäten zu schaffen, die dabei helfen, mit Konflikten und Dissonanzen so umzugehen, dass deren destruktives Potenzial eingehegt wird. So können diese sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft fruchtbar sein.

Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform: Sie beschreibt, wie Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Interessen und Freiheiten mit den Vorstellungen anderer in einen für alle förderlichen Ausgleich bringen können. Deshalb ist eine Demokratie nur stabil, wenn sie eingebettet ist in eine politische Kultur, in der die Bürgerinnen und Bürger sich gegenseitig als Freie und Gleiche anerkennen und achten. Das Grundgesetz nimmt

diese Überzeugung auf, indem es die Achtung der Menschenwürde an den Beginn der Verfassung setzt und damit zum Auftrag und Maßstab des staatlichen Handelns macht (Art. 1 Abs. 1 GG). Eine solche politische Kultur ist nicht selbstverständlich gegeben, sie muss immer wieder neu errungen und verteidigt werden. In diesem Auftrag erkennen Christinnen und Christen ihre eigene, im befreienden Evangelium von Jesus Christus verankerte Berufung wieder.

Mit den nachfolgenden Überlegungen benennt die Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland Aspekte, die aus ihrer Perspektive für das Verständnis der gegenwärtigen Praxis der Demokratie und ihre Weiterentwicklung unverzichtbar erscheinen. Damit ist zugleich zweierlei angesprochen: erstens die Herausforderungen, die sich für die Kirchen selbst und ihre Rolle in der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie stellen, und zweitens der Beitrag, den die Kirchen für das Funktionieren dieser Demokratie zu leisten vermögen. Die Überlegungen beanspruchen dabei keine Vollständigkeit, sondern sind als Beitrag zu einer verstärkten Debatte um die derzeitige Gestalt und die anstehende Weiterentwicklung der Demokratie gedacht. Denn Christinnen und Christen würdigen und schätzen die Demokratie als den politischen Raum, in dem sie – wie die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften auch – ihren Glauben in Freiheit ausüben und das gemeinsame Leben aus ihrem Glauben heraus mitgestalten können.

2. Konflikt als Normalfall

Demokratien verzichten darauf, eine bestimmte Auffassung des guten Lebens als verbindlich zu erklären. Sie rechnen mit der Vielfalt der Lebensstile und daher auch mit verschiedenen Vorstellungen vom guten Leben. An die Stelle von nicht hinterfragbaren Wahrheitsansprüchen setzen sie den Streit der Meinungen – einen Streit, der durchaus mit Engagement, aber ohne Gewalt, sei es physische oder psychische, zu führen ist. Demokratische Verfahren öffnen einen Raum, in dem dieser Streit ausgetragen werden kann und über Aushandlungsprozesse und Kompromisse zu Entscheidungen führt. Die rechtsstaatliche Ordnung bildet die Regeln für die demokratische Urteilsbildung. Sie ist ein Schutzraum der Freiheit, die es gegen jene zu verteidigen gilt, die sie auszuhebeln versuchen. Derzeit ist es hier von besonderer Bedeutung, denjenigen entgegenzutreten, die unter Berufung auf einen angeblich unmittelbar erfassbaren Volkswillen den Rechtsstaat infrage stellen. Dabei gilt es, das Recht zu vertei-

digen, die eigene Meinung auch dann zu äußern, wenn sie der Mehrheit widerspricht. In dieses Recht darf nur innerhalb der engen Grenzen eingegriffen werden, die die Rechtsordnung selbst zieht.

Die Demokratie braucht Auseinandersetzungen um die Grundlagen und die künftige Gestalt des Gemeinwesens.

Die politische Auseinandersetzung ist dort besonders notwendig, wo die Grundlagen und die künftige Gestalt des Gemeinwesens berührt werden. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen etwa um soziale Gerechtigkeit, um Zuwanderung, um gesellschaftlichen Zusammenhalt, um das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, um die Gestaltung der Globalisierung oder auch um Ehe, Familie und Lebensformen betreffen die Grundlagen des Gemeinwesens und bedürfen daher der intensiven Diskussion. Solche demokratischen Konflikte können sich allerdings so zuspitzen, dass sie in eine Polarisierung hineinführen, die sich dem Gespräch entzieht, den Korridor des demokratischen Streits verlässt, Personen oder auch ganze Personengruppen diffamiert und in Wut oder gar Gewalt umschlägt. Die Demokratie weiterzuentwickeln und zu stärken bedeutet daher, eine demokratische Streitkultur zu fördern. Dies geschieht, indem zur Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Positionen aufgefordert und gleichzeitig darauf geachtet wird, dass es nicht zu einer Verrohung der Debatte kommt.

3. Demokratische Streitkultur

Die Funktionsfähigkeit der Demokratie hängt davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, in gleicher Weise Verantwortung für die Gestaltung des eigenen Lebens zu übernehmen wie für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Demokratische Politik folgt einem höchst anspruchsvollen Leitbild: der Vorstellung nämlich, dass aus dem vernünftig ausgetragenen Streit unterschiedlicher Positionen und Überzeugungen heraus politische Entscheidungen gefällt werden, die aufgrund der Art ihres Zustandekommens gerechtfertigt sind und daher von allen Beteiligten anerkannt werden sollen. Dieses Leitbild lässt sich nur dann verwirklichen, wenn alle Beteiligten die von ihnen vertretene Position immer wieder kritisch hinterfragen – und sich selbst hinterfragen lassen. Und zwar daraufhin, ob diese Position nicht nur den eigenen Interessen dient, sondern auch das Wohl des Gemeinwesens als Ganzes befördern kann und anderen genügend Frei-

räume für die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe einräumt.

Demokratie ist angewiesen auf Öffentlichkeit, Begegnung und Debatte – gerade um das Wohl des ganzen Gemeinwesens zu fördern.

Demokratien laufen immer wieder Gefahr, weit hinter ihrem eigenen Leitbild zurückzubleiben. Versuche, die gesellschaftliche Ordnung den Eigeninteressen mächtiger Gruppen zu unterwerfen, sind dabei ebenso problematisch wie der Rückzug der einzelnen Bürgerinnen und Bürger aus der politischen Meinungsbildung und die damit verbundene Aushöhlung des demokratischen Raums. Gegenwärtig wird diese Gefahr durch die Tendenz verstärkt, dass sich über die bereits bestehenden sozialen Gruppierungen hinaus in den sozialen Netzwerken positionell homogene Teilöffentlichkeiten («Echokammern» oder »separierte Wirklichkeiten») ausbilden, die einem öffentlichen Austausch von gegensätzlichen Argumenten und Meinungen ausweichen. Diese Gefahr besteht für alle Akteure, auch die Kirchen stellen hier keine Ausnahme dar. Das bedeutet: So sehr es gilt, die Chancen zur Partizipation zu nutzen, die eine internetbasierte Kommunikation bieten kann, so sehr ist darauf zu achten, dass die Nutzung der sozialen Medien nicht umschlägt in eine neue Privatisierung von Diskursen. Denn Demokratie bedarf der politischen Öffentlichkeit und einer politischen Kultur, die sich von anderen Positionen befragen lässt und nicht von vornherein die eigene Auffassung absolut setzt. Teil dieser Kultur muss es daher sein, das Gemeinsame als etwas zu verstehen, das sich nicht einfach von selbst einstellt. Es muss vielmehr im Prozess der Auseinandersetzung, des Fragens und der Kritik immer wieder neu gesucht und in Worte gefasst werden.

4. Wandel gestalten – Vertrauen erhalten

Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von einer bislang beispiellosen Überschreitung vorgegebener Grenzen. Überkommene gesellschaftliche und politische Ordnungsvorstellungen wurden infrage gestellt: durch wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung, durch die Einführung und Verbreitung neuer Technologien (Digitalisierung, gentechnische Entwicklungen), die die Wahrnehmung der Wirklichkeit und damit auch das Denken beeinflussen, sowie durch einen grundlegenden und krisenhaften Umbruch der internationalen Beziehungen. Neue Lebensformen, zuvor nicht gekannte Mobilität und die Umgestaltung von Arbeitsverhältnissen haben eine Erweiterung

von Freiheiten und Handlungsspielräumen mit sich gebracht. Sie führen aber auch zu Einengungen und zur Verunsicherung über den eigenen Ort bzw. die eigene Rolle in der Gesellschaft und über die gemeinsame Kultur. Auf die Zumutungen dieses Wandels reagieren Teile unserer Gesellschaft mit Hilflosigkeit und Abgrenzung. Dabei kaschiert die populäre Rhetorik eine wichtige Tatsache: Der Wandel der gemeinsamen Kultur verdankt sich keineswegs nur äußerem Anpassungsdruck, sondern er entsteht auch aus der Distanz oder Gleichgültigkeit gegenüber den eigenen Traditionen. Das gilt für die Pflege regionaler sozialer Gebräuche ebenso wie für die Pflege der christlichen Tradition.

Neue gesellschaftliche Bruchlinien bilden sich zwischen denen, die den Wandel als Chance sehen, und denen, die Angst haben, zu den Verlierern des Wandels zu gehören. Diese sehen ihre Lebenschancen bedroht; unter ihnen breitet sich das Gefühl aus, »abgehängt« zu werden. Die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Gruppe lässt sich dabei nicht eindeutig bestimmen, sondern kennt zahlreiche Überschneidungen: Viele Menschen sehen und nutzen in einigen Bereichen die Chancen des Wandels und stehen ihm in anderen Bereichen skeptisch gegenüber. Andere wiederum empfinden ihre Situation subjektiv kritischer, als sie sich objektiv darstellt. Für die Demokratie ist es dabei zunächst unerheblich, ob sich dieses Gefühl auch an empirischen Fakten eindeutig belegen lässt. Entscheidend sind die Wahrnehmung der eigenen Lage und Rolle in der Gesellschaft und die daraus resultierende politische Positionierung. Eine eindeutige soziale Schichtung ist mit diesen Zugehörigkeiten nicht verbunden, weil sie sich quer durch die sozialen Klassen und Milieus finden lässt. Dennoch lässt sich empirisch belegen, dass ein beträchtlicher Teil derjenigen, die sich »abgehängt« fühlen, sozioökonomisch zum unteren Drittel der Gesellschaft gehört.

Häufig, wenn auch nicht zwangsläufig, geht die unterschiedliche Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels mit dem Bildungsgrad einher. Die Bruchlinie verläuft dann zwischen den Angehörigen von Bildungseliten und weniger gut bzw. flexibel ausgebildeten Schichten. Diese sind nicht selten auch weniger mobil; ihre Mittel reichen nicht aus, um die durch den Wandel eröffneten Möglichkeiten für sich fruchtbar zu machen. Vor allem aber fehlt ihnen die Zuversicht, die Freiheiten der Demokratie für sich nutzen zu können. Stattdessen sehen sie sich als Verlierer der Verän-

derungen und empfinden – mitunter nicht zu Unrecht – deren Lasten als ungerecht verteilt.

Die Demokratie muss Antworten finden auf wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung, sozialen Wandel und Abstiegsängste. Sie braucht Vertrautes und Vertrauen.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gibt strukturelle Faktoren, die in erster Linie nicht im Verantwortungsbereich der Einzelnen liegen. So lässt es sich nicht leugnen, dass eine stark auf Produktivitätssteigerung und Wettbewerbsorientierung konzentrierte Wirtschaftsweise diejenigen an den Rand drängt, die dem Innovationsdruck nicht standhalten können. Darüber hinaus hängen die Möglichkeiten gesellschaftlich flexibler Beteiligung stark vom Bildungsgrad ab, sodass mangelnde Bildung auch mit geringeren Partizipationsmöglichkeiten einhergeht. Dass Bildung und Wohlstand unmittelbar zusammenhängen, verstärkt diese Eindrücke und Erfahrungen noch. Es ist in Deutschland nach wie vor nicht gelungen, den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg zu durchbrechen. Es gibt aber auch subjektive Faktoren, die den Eindruck verstärken, abgehängt zu sein. So sind es mitunter die Folgen eigener Lebensentscheidungen, die die Einzelnen in diese Situation gebracht haben. In beiden Faktoren – strukturellen wie subjektiven – zeigen sich die Schattenseiten freiheitlicher Lebensweisen: Bei denen, die die Chancen der Freiheit nicht zu nutzen vermögen oder nicht nutzen möchten, verdichten sich leicht wirtschaftliche Abstiegsängste und der Eindruck, Beheimatung zu verlieren. Das führt zu einer Mentalität der Abgrenzung gegen das Fremde und »die Fremden«. Nicht selten verbindet sie sich mit einer Ablehnung der etablierten Politik: Diese wird oft eher als treibende Kraft des Wandels wahrgenommen statt in ihrer Schutzfunktion für die Einzelnen. Bei allen Zwängen der globalisierten Ökonomie und der daraus sich ergebenden weiteren Dynamisierung sind für eine demokratische Politik deshalb drei Dinge zentral: den Wandel zu gestalten, auf die Bedingungen sozialen Ausgleichs und Zusammenhalts zu achten sowie Räume des Vertrauten und des Vertrauens zu erhalten. Dazu gehört es, weder den Wandel noch das zu erhaltende Vertraute als alternativlos zu begreifen, sondern auch hier die demokratische Auseinandersetzung um das rechte Maß und das rechte Ziel zu suchen. Christinnen und Christen sollten sich aus ihrem Glauben heraus dazu ermutigen lassen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken: indem sie im Vertrauen auf Gott die eigenen Kräfte zu-

versichtlich gebrauchen und selbst eine solidarische Mitmenschlichkeit leben.

5. Wer ist zugehörig?

Der gesellschaftliche Wandel hat auf vielen Ebenen Fragen der Zugehörigkeit dringlich werden lassen. Vor allem durch die großen Flucht- und Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre sind diese Fragen neu auf die politische Agenda gelangt. Dabei gehört es zu den Lernprozessen der demokratischen Kultur, anzuerkennen, dass die Zugehörigkeiten selbst nur in demokratischen Prozessen geklärt werden können. Gesichtspunkte wie beispielsweise eine bestimmte kulturelle Identität, wie Abstammung oder Nationalität mögen Anhaltspunkte liefern und entfalten eine mitunter verstörende Anziehungskraft. Sie stehen für die Sehnsucht nach Eindeutigkeit und für den Wunsch, über Fragen der Zugehörigkeit nicht in einen politischen Diskurs eintreten zu müssen. Dennoch können sie die politische Urteilsbildung nicht ersetzen.

Demokratische Gesellschaften sind hier gezwungen, sich dem Konflikt zu stellen: zwischen der unaufgebbaren Anerkennung universaler, unteilbarer und unveräußerlicher Menschenrechte einerseits, die das Recht bedrohter Menschen auf Zuflucht und Schutz vor Verfolgung einschließen, und andererseits dem Recht der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die politische Ordnung des Gemeinwesens zu bestimmen und zu gestalten. Zu diesem Konflikt gehört auch die Auseinandersetzung darüber, wie humanitäre Flüchtlingsaufnahme, Asylverfahren und Zuwanderung in europäischer Verantwortung so gestaltet und gesteuert werden können, dass die Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen nicht gefährdet und der innergesellschaftliche Frieden bewahrt wird. Seit den Erfahrungen des Jahres 2015 liegt hier eine Kernfrage der politischen Auseinandersetzungen. Die Rechte aller bedrohten und verfolgten Menschen müssen geachtet und geschützt werden. Gleichzeitig erfüllt die politische Ordnung nur im Rahmen umgrenzter Räume ihre Grundfunktion, Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen. Dieser Aspekt tritt noch stärker hervor, wenn man die Möglichkeiten der sozialen Sicherung mit einbezieht. Denn dann ist darüber zu entscheiden, wer mit welchem Beitrag für wen aufzukommen hat.

Die Frage der Zugehörigkeit wird dadurch verschärft, dass wichtige politische Entscheidungen nicht mehr allein in den vertrauten Räumen des Nationalstaats mit seinen gewachsenen Instituti-

onen und im Rahmen einer kulturell und sprachlich relativ homogenen Bürgerschaft getroffen werden können. Damit sind solche Entscheidungen aber einer demokratischen Kontrolle nur eingeschränkt oder zumindest nur indirekt zugänglich. Das gilt häufig weniger für die formalen Verfahren demokratischer Mitbestimmung als vielmehr für die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Partizipation. Denn die Zugangsschwellen für Einzelne wie für Organisationen sind in diesem Bereich erheblich. Die deutliche Spannung zwischen der Supranationalisierung und der Demokratie bietet den Nährboden für politische Positionen, die einem Isolationismus im Namen der Demokratie das Wort reden. Die Skepsis gegenüber einer steigenden internationalen Verflechtung, die auch in eine Skepsis gegenüber der EU ausstrahlen kann, wird aus dieser Spannung gespeist. Sie kann sich national wie international mit ganz unterschiedlichen politischen Optionen verbinden: Gegner des Freihandels bedienen sich ihrer ebenso wie Kritiker einer Politik großzügiger Zuwanderung.

Dies ist das Spannungsfeld, in dem sich die Demokratie heute bewähren muss: Auf der einen Seite steht eine aus der Hochschätzung von Freiheit und internationaler Solidarität entspringende Supranationalisierung, auf der anderen das Bedürfnis, die Regeln der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens selbst bestimmen zu können. Um beidem gerecht zu werden, muss die Demokratie zu Entscheidungen finden, die zwischen nationalen und supranationalen bzw. transnationalen Verpflichtungen, Regeln und Verfahren abwägen.

Im Zeitalter von Flucht und Migration braucht die Demokratie Verständigung darüber, wer zugehörig ist. Sie muss sich dem Konflikt zwischen den Rechten schutzsuchender Menschen und der Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens stellen.

Die Akzeptanz solcher Entscheidungen hängt dabei von mehreren Faktoren ab, die sich am Beispiel des Umgangs mit Geflüchteten verdeutlichen lassen: Zunächst sollten die Spannungen zwischen nationalen Ansprüchen und transnationalen Ansprüchen benannt werden. Dann gilt es, die Spannung zwischen den Rechten von Geflüchteten und Zuwandernden auf der einen und den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger eines Landes auf der anderen Seite wahrzunehmen. Sodann ist zu prüfen, ob politischer Entscheidungsspielraum und auch Entscheidungsbedarf vorliegen oder ob Entscheidungen bereits

durch Rechte der Betroffenen und durch eingegangene Verträge vorgegeben sind, etwa durch die Genfer Flüchtlingskonvention. An diesem Ort ist auch die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Migrantinnen und Migranten zu beachten. Denn sie führt zu jeweils unterschiedlichen politischen Gestaltungsspielräumen und rechtlichen Ansprüchen, Gewährleistungen und Erwartungen. Schließlich ist zu bestimmen, wo genau politische Entscheidungen anstehen. Diese Debatte ist dann unter Anerkennung der Konflikte und der unterschiedlichen Positionen und Argumente zu führen.

Um die so identifizierten Themenkreise muss es dann eine offene politische Auseinandersetzung geben, die die unterschiedlichen Positionen anerkennt und im Wettstreit der Argumente nach Lösungen sucht. Dazu gehört, die politische Urteilsbildung nicht vorschnell durch vermeintlich nicht verhandelbare Regelungen stillzustellen. Hier und nur hier ist darauf zu achten, dass die Nöte und Sorgen derer, die Teil der politischen Gemeinschaft sind, genauso beachtet werden wie die Erwartungen von Zuwandernden und Geflüchteten. Und natürlich sollen auch die Chancen der Zuwanderung thematisiert werden. Dabei darf die Debatte durchaus kontrovers geführt werden. Ebenso wie die Befürworter einer großzügigen Einwanderungspolitik für ihre Position politisch streiten und sie unter den rechtsstaatlichen Bedingungen verteidigen dürfen, müssen auch jene in den Prozess demokratischer Meinungsbildung hineingenommen werden, die gegenüber jener Politik Vorbehalte haben. Auch ihre Anfragen müssen gehört werden.

Die demokratische Gesellschaft, und mit ihr die Kirchen, wird diese schwierigen Fragen mit demokratischen Mitteln lösen müssen: über den Austausch von Argumenten und über kommunikativ wie rechtsförmig geregelte Verfahren. Dazu bedarf es jedoch des Mutes, gerade auch die kontroversen und schwierigen Themen als Aufgabe der demokratischen Urteilsbildung und des politischen Handelns zu begreifen und sie nicht etwa der Kraft der herrschenden Verhältnisse oder der Märkte zu überlassen.

6. Demokratie geht alle an

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Sie geschieht ganz elementar in Wahlen, in der Übernahme politischer Verantwortung sowie im bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagement. Wenn sich Bürge-

rinnen und Bürger der politischen Beteiligung entziehen und nicht an Wahlen teilnehmen, ist die Legitimität demokratischer Entscheidungen grundsätzlich bedroht. Das gilt auch dann, wenn die Bereitschaft, ein politisches Amt und damit gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, in Misskredit gerät. Besonders besorgniserregend wird dies dort, wo parallel zu der abnehmenden Bindekraft der demokratischen Parteien auch das bürgerschaftliche Engagement nur schwach verankert ist und sich von der Polizei über die Feuerwehr bis hin zu den Sanitätsdiensten Misstrauen oder gar Gewalt gegen alle richtet, die als Vertreterinnen und Vertreter des Staates und der öffentlichen Versorgung gelten.

Demokratie ist angewiesen auf umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Beteiligung wird gefördert durch intensiven politischen Wettstreit und erkennbare programmatische Profile.

Es spricht einiges dafür, dass das Misstrauen gegenüber der Demokratie durch den Verweis auf Sachzwänge, die Fokussierung auf einen scheinbar zwangsläufig zu erlangenden Konsens und durch das Misstrauen gegenüber Konflikten selbst erzeugt oder zumindest verstärkt worden ist. Je pluraler eine Gesellschaft wird, umso größer ist die Gefahr, dass sich ein Konsens nur noch erreichen lässt, indem abweichende Auffassungen und Positionen aus der Debatte ausgeschlossen werden. Dies wiederum bildet den Nährboden, auf dem die Diskreditierung der Politik als ein Geschäft von Eliten gedeiht, die ausblenden, was ihrer Auffassung nicht entspricht. Vor diesem Hintergrund ist die seit einiger Zeit zu beobachtende verstärkte Profilierung politischer Positionen zu begrüßen. Denn sie führt zu einer Repolitisierung, zur Intensivierung des demokratischen Wettstreits und mittelfristig wohl auch zu einer höheren Beteiligung. Diese Entwicklung gilt es zu fördern. Dazu ist es wichtig, die Kontroverse nicht den politischen Rändern zu überlassen, sondern umgekehrt die verstärkte Auseinandersetzung auch mit diesen Positionen zu suchen. Die demokratischen Parteien stehen in der Pflicht, wo immer möglich den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen, programmatische Alternativen anzubieten und Menschen wieder verstärkt in die Entscheidungsfindungen einzubeziehen. Das ist auch in ihrem eigenen Interesse, denn mit der gestiegenen Beteiligung wird wahrscheinlich auch das Vertrauen in die Parteien wieder steigen.

Voraussetzung für einen derartigen demokratischen Prozess ist es, die politische Bildung zu intensivieren. Eine unverzichtbare Aufgabe kommt dabei den öffentlich-rechtlichen Medien zu. Sie können und müssen Informationen bereitstellen, die die avisierten Zielgruppen auch wirklich erreichen können. Freilich steht ergänzend dazu auch das Gemeinwesen in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Einzelnen über genügend materielle und immaterielle Mittel verfügen, um Angebote politischer Bildung annehmen zu können. Umgekehrt kann von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet werden, diese Angebote auch tatsächlich anzunehmen. Dennoch: Der Appell an die Wahrnehmung von Bildungsangeboten darf die Zugangshürden zur politischen Meinungsbildung nicht zu hoch setzen. Demokratie ist eine Staatsform nicht nur für Gebildete.

7. Repräsentation stärken

Der Rückzug von Bürgerinnen und Bürgern aus der demokratischen Beteiligung ist Ausdruck des Gefühls, im politischen Prozess nicht mehr vertreten zu sein – und verstärkt dieses Gefühl noch. In diesem paradoxen Verhalten liegt eine besondere Herausforderung für die Demokratie: Weil man sich nicht mehr repräsentiert fühlt, zieht man sich aus der politischen Beteiligung zurück und untergräbt darüber selbst jede Repräsentationsmöglichkeit. Angesichts einer Wahlbeteiligung von ca. 60 Prozent bei Landtagswahlen spricht man von der »Zweidritteldemokratie« (Wolfgang Merkel). Diesen Sachverhalt nutzen Kritiker der repräsentativen Demokratie in ihrer derzeitigen Form, um deren Legitimität zu bezweifeln. Sie bringen stattdessen den von ihnen vermeintlich vertretenen Volkswillen gegen das Handeln der gewählten Amtsträger in Stellung. Das nicht mehr vertretene Drittel umfasst auch gesellschaftliche Gruppen, die sich nicht nur aus der politischen Beteiligung, sondern auch aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement zurückgezogen haben. Marginalisierung und Selbstmarginalisierung führen so zu Mentalitäten, die die politische Repräsentation durch gewählte Mandatsträger grundsätzlich kritisch sehen und Politik nur noch als Geschäft der privilegierten gebildeten und ökonomisch starken Schichten – der »Eliten« – auffassen. An dieser Bruchlinie zwischen den »Eliten« und dem angeblich nicht mehr repräsentierten »Volk« können dann politische Programme ansetzen, die einfache und klare Identitäten anbieten und die politische Arena mit dem Anspruch betreten, den nicht mehr gehörten Gruppen eine politische Stimme anzubieten.

Demokratie muss sich darum bemühen, die vielfältigen Anliegen und Stimmen der Bürgerinnen und Bürger im politischen Wettstreit zu Gehör zu bringen.

Diese Entwicklung ist ambivalent und macht gerade in dieser Ambivalenz die Herausforderungen deutlich, vor denen die Demokratie heute steht: Wenn es gelingt, über neue politische Parteien und neue zivilgesellschaftliche Gruppierungen den Zugang der jetzt am Rande stehenden Schichten zum demokratischen Diskurs zu befördern, ist diese Entwicklung im Interesse der demokratischen Kultur zu begrüßen. Angesichts der fortschreitenden Pluralisierung moderner demokratischer Gesellschaften ist es naheliegend, dass sich auch das Spektrum politischer Gruppierungen und Positionen vergrößert. Dies gilt umso mehr, als die etablierten Orte und Einrichtungen politischer Meinungsbildung dem Wettstreit unterschiedlicher Sichtweisen nur wenig Raum gelassen haben – Volksparteien ebenso wie in anderer Weise auch die Kirchen. Allerdings: In der Auseinandersetzung mit diesen Positionen muss sorgsam geprüft werden, ob neue Gruppen die »Repräsentationslücke« wirklich schließen oder ob sie das nur behaupten und selbst die Klientelpolitik betreiben, die sie zu überwinden vorgeben. Manche Akteure stellen Freiheit und Pluralität und damit die Fundamente des politischen Prozesses selbst infrage. Derartige Gefährdungen müssen klar benannt werden. Darüber hinaus ist für alle Parteien kritisch zu prüfen, inwieweit wirklich die Interessen derer im Mittelpunkt des politischen Handelns stehen, für die das Mandat behauptet wird. Dies zu hinterfragen, ist vorrangig eine Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Prozess selbst und muss insbesondere über die eigene Wahlbeteiligung gesteuert werden. Die gerichtliche Überprüfung der Ziele politischer Gruppierungen kann nur das letzte Mittel des Rechtsstaates darstellen.

8. Hörbereite Politik

Fasst man die in den vorangegangenen Abschnitten genannten Aspekte zusammen, so ergibt sich ein Koordinatensystem, um das Phänomen des Populismus einordnen zu können: Sozialer Wandel, infrage gestellte Zugehörigkeit und mangelnde ökonomische Teilhabe bieten die Bedingungen für den Aufstieg populistischer Politik.

Populistische Politikmuster betonen die Differenz zwischen den »Eliten« und dem »eigentlichen Volk«, das sie und nur sie zu vertreten beanspruchen. Sie stehen dem gesellschaftlichen und poli-

tischen Pluralismus grundsätzlich kritisch gegenüber. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlichen Volkswillen, dem die politische Willensbildung zu folgen habe, nutzen und unterlaufen sie zugleich die komplexen Verfahren der Aushandlung von Kompromissen, der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung. Vielfach leben sie vom Ressentiment und schüren dazu dieses Ressentiment und damit den Ausschluss von Fremden oder Minderheiten. Ihr Terrain und ihre Chance sind der politische Raum, den die demokratischen Parteien nicht mehr abdecken. Sie beanspruchen, den Stimmen Gehör zu geben, die in der »etablierten« Politik nicht mehr gehört werden.

Den Gefährdungen durch populistische Politikmuster kann die Demokratie nur überzeugend entgegenzutreten, wenn demokratische Politik hörbereiter, »responsiver« gestaltet wird.

Der populistische Impuls kann den politischen Prozess und damit die Demokratie auch stärken: Und zwar insofern, als er die etablierten politischen Kräfte zwingt, ihre eigenen Positionen neu zu schärfen und »responsiver« zu gestalten, also das Erleben von Beteiligung und Repräsentation zu verstärken. Solche Bestrebungen sind ohne Scheu vor einer intensiveren politischen Auseinandersetzung zu begrüßen. Denn politisch kontroverse Positionen, Parteien oder soziale Gruppierungen aus dem demokratischen Streit auszuschließen, kann durchaus auch im Interesse des Machterhalts derer liegen, die sich für eine solche Grenzziehung einsetzen. Es kann nämlich den eigenen Einfluss stärken, konkurrierenden Standpunkten keine Gelegenheit für die politische Auseinandersetzung zu bieten.

So wie populistische Politikmuster eine Rhetorik von Ausschließungen (der Fremden, der Anderen, der Eliten) verwenden, kann demokratische Politik in der Versuchung stehen, ihrerseits mit Ausgrenzungen zu antworten und populistischen Positionen grundsätzlich die Auseinandersetzung zu verweigern. Diese Strategie ist allerdings kurzfristig, wird nur erneut den Populismus stärken und auf jeden Fall der Demokratie schaden. Daher geht es einerseits darum, die Menschen für demokratische Politik zurückzugewinnen, die populistische Politikmuster für eine plausible Antwort auf ihre Sorgen und Fragen halten. Und es geht andererseits darum, dem Populismus mit Argumenten für bessere Politiken zu begegnen. Dies wird nur durch ein Mehr an Zuhören, Kommunikation und Begegnung gelingen. Die Sprache dieser politischen Auseinandersetzung muss bei aller Komplexität der Probleme verständlich sein

und sie darf Emotionen als Quellen und Mittel des Politischen nicht scheuen. Es gilt, Menschen als politische Akteure ernst zu nehmen und es ihnen zu ermöglichen, am politischen Diskurs teilzunehmen. Das schließt zweifellos mit ein, die notwendigen Freiräume für Beteiligung bereitzustellen.

9. Grenzen der Auseinandersetzung

Der Umgang mit populistischen Positionen darf die Auseinandersetzung nicht scheuen und muss der Sprache der Ausgrenzungen eine Praxis des Involvierens und Sich-Einlassens entgegensetzen. Gleichzeitig ist klarer Widerspruch notwendig, wo Populistinnen und Populisten die Grundregeln und normativen Grundsätze demokratischer Politik nicht nur angreifen, sondern grundsätzlich zur Disposition stellen und so die Grenze zwischen Populismus und Extremismus überschreiten: Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entgegenzutreten. Da die Grenzen hier fließend sind, muss bei Gesprächen sehr sorgsam unterschieden werden: zwischen den Sorgen und Ängsten von Menschen, die zur Sprache und in den öffentlichen Raum gebracht werden müssen, und einer in diesem Kontext vorgebrachten, bewussten Grenzüberschreitung, mit der die Grundlagen der politischen Kultur verschoben werden sollen. Die Grenzen des Sich-Einlassens liegen dort, wo physische oder psychische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung legitimiert wird, wo das Politische durch Ideologien der Ungleichwertigkeit vermessen wird, die auf bestimmte Eigenschaften von Personen

Die politische Auseinandersetzung braucht Spielregeln und Grenzen. Gewalt und Rassismus dürfen keinen Ort im demokratischen Wettstreit haben, vorschnelle Ausschließungen missliebiger Meinungen aber auch nicht.

zielen (z. B. die Zugehörigkeit zu Volk, Rasse oder Religion sowie geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung), und wo vermeintliche Eindeutigkeiten der Vielfalt und den Machtbegrenzungen der Demokratie entgegengesetzt werden. Allerdings dürfen die Maßnahmen, mit denen den populistischen Akteuren entgegengetreten werden soll, nicht selbst deren Strategie übernehmen. Darum gilt es auch an anderer Stelle Grenzen zu ziehen: beispielsweise wo unter vorschnellem Verweis auf grundlegende Überzeugungen andere, abweichende Positionen aus dem politischen Wettstreit ausgeschlossen werden

sollen, wo Fakten nicht sorgsam abgewogen und berücksichtigt werden und wo anstelle politischer Entscheidungsfindung eine personalisierte Auseinandersetzung erfolgt.

10. Die Kirchen als Orte demokratischer Beteiligung

So sehr die politische Kultur durch sie tragende religiöse, gerade auch christliche Überzeugungen gestärkt wird, so sehr sind die Vertreterinnen und Vertreter dieser Überzeugungen aufgerufen, für deren freie Anerkennung zu werben, sie argumentativ zu vertreten und nicht als unhinterfragbar zu dekretieren. Für uns als Kirchen bedeutet das zum einen, im Anerkennen und Aneignen der Demokratie deren enge Verbindung mit den Werten des Christentums selbstbewusst zu vertreten. Zugleich aber müssen wir deutlich machen, dass die Überzeugungen, die die freiheitliche Demokratie stützen, für eine Ordnung eintreten, die auch die Freiheit anderer Religionen, Weltanschauungen und Überzeugungen garantiert.

Als Kirchen können wir nur dann als politische Akteure für die Stärkung des demokratischen Gemeinwesens ernst genommen werden, wenn wir berücksichtigen, dass auch in unserer Mitte die Ängste vor dem Wandel und die Versuchung zur Abgrenzung anzutreffen sind. Die evangelische Kirche mit ihren knapp 23 Mio. Mitgliedern ist ein Spiegel der pluralistischen Gesellschaft. Den klaren Positionierungen der kirchenleitenden Personen und Gremien, dem außerordentlichen Engagement vieler Gemeinden, der Diakonie und der Werke und Verbände für die Aufnahme geflüchteter Menschen steht bei einem beachtlichen Teil der Kirchenmitglieder Skepsis hinsichtlich der wachsenden Vielfalt und des sozialen Wandels gegenüber. Unbeschadet des klaren und richtigen Eintretens für die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten müssen wir wahrnehmen, dass die Sorge angesichts des Wandels und der Herausforderungen, die eine pluraler werdende Gesellschaft und gerade auch die technologisch-ökonomischen Veränderungen mit sich bringen, bis in die Leitungsebenen der evangelischen Kirchen hineinreicht.

Das Evangelium von Jesus Christus als Grund der Kirche verkündigt die in Gottes Sohn geschenkte Versöhnung des Menschen mit Gott. Jeder einzelne Mensch ist ein mit unverlierbarer Würde begabtes Geschöpf Gottes, dem gerade in seiner Einmaligkeit und Unterschiedenheit von anderen Respekt gebührt. Das Evangelium ruft Menschen auf den Weg des Glaubens, des Friedens und der

Versöhnung. Dieser Grund der Kirche soll auch ihre tatsächliche Gestalt und ihre Praxis prägen. Die Kirchen selbst sollen Orte sein, an denen Menschen diese Anerkennung und diesen Frieden erfahren und dann selbst dafür eintreten.

Diese Botschaft des Evangeliums ist eminent politisch. Der erste und vornehmste Ort dieser politischen Praxis der Kirchen ist das Miteinander sehr unterschiedlicher Menschen in den Gemeinden, Gemeinschaften und Werken. Die Kirchen mit ihrer tiefen und breiten sozialen Verankerung sollen und wollen damit Foren sein, auf denen Konflikte ausgetragen werden, Ängste gehört und bearbeitet, Gespräche geführt und Menschen einbezogen werden: Sie sind Orte demokratischer Beteiligung. Als Kirchen sind wir mitverantwortlich für die politische Kultur unseres Landes und für die Gestaltung unseres Gemeinwesens. Dazu gehört auch die selbstkritische Frage, ob nicht manche in politischen Diskursen vertretene moralische Überzeugung als eine Stigmatisierung anderer Positionen verstanden werden kann und damit den Abbruch der demokratischen Auseinandersetzung mit sich bringt, anstatt die Demokratie zu stärken – und zwar innerhalb der Kirchen ebenso wie innerhalb der Gesellschaft. Die moralischen

Ängste wahrnehmen, Gespräche führen, Konflikte austragen: Die Kirchen sollen und wollen, geprägt durch das Evangelium des Friedens und der Versöhnung, Orte der demokratischen Beteiligung sein.

Dimensionen von politischen Streitfragen dürfen in den Argumentationen nicht ignoriert werden. Sie anzusprechen ist legitim. Allerdings müssen wir angesichts der beschriebenen Herausforderungen der Demokratie darauf achten, dass eine auf moralischen Überzeugungen beruhende Argumentation die liberale rechtsstaatliche Ordnung stützt und sie nicht schwächt. So sehr das Recht nicht ohne ein moralisches Fundament denkbar ist, so sehr dürfen auch die Grenzen zwischen

Recht und Moral nicht verwischt werden. Hinter dem Recht müssen sich auch die versammeln können, die nicht dieselben Überzeugungen teilen. Zugleich kann sich das Recht nicht nur auf Verfahren der politischen Legitimation allein stützen. Vielmehr zeugen diese Verfahren selbst schon von den moralischen Grundlagen, die der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung eingeschrieben sind. Umgekehrt gilt aber auch: Moralische wie politische Überzeugungen sind zu ihrer Durchsetzung auf das Recht angewiesen. Diese Spannungsverhältnisse sind immer wieder neu zu justieren und an der Debatte darüber möchten wir verantwortungsbewusst teilnehmen.

Dies vor Augen, sollen die evangelischen Kirchen Orte der Suche nach Kompromissen sein – indem wir die Auseinandersetzung mit allen suchen, die sich selbst auf eine demokratisch-rechtsstaatliche Kontroverse verpflichten lassen. Dies tun wir im Wissen, dass es bleibende Konflikte geben wird, wir aber gerade deswegen Wege finden müssen, um diese Konflikte aushalten zu können. Das bedeutet: Gerade weil wir die Rechte von geflüchteten und zugewanderten Menschen achten und einfordern, wollen wir die Sorgen der Menschen hören und würdigen, die sich im politischen Leben unseres Landes nicht vertreten fühlen. Wir fordern alle Seiten auf, sich am demokratischen Wettstreit um die richtige Politik zumindest durch die Ausübung des Wahlrechts zu beteiligen und nicht in der Passivität zu verharren – gerade auch in den Fragen von Flucht, Asyl und Migration. Ebenso möchten wir auch diejenigen, die geflüchtet und neu in unserem Land angekommen sind, ermutigen und auffordern, sich aktiv am demokratischen Wettstreit und politischen Prozess zu beteiligen. Das schließt den Appell mit ein, die Sprache der politischen Debatte zu lernen und sich angemessen zu informieren. Dabei wissen wir uns solidarisch mit jenen Politikerinnen und Politikern unseres Landes, die in der politischen Auseinandersetzung die Demokratie stärken wollen, damit das Zusammenleben in Freiheit, Sicherheit und Vielfalt gelingen kann.

**Mitglieder der Kammer für Öffentliche
Verantwortung der EKD**

Prof. Dr. Reiner Anselm, München (Vorsitzender)
Dr. Anthea Bethge, Neuwied
Michael Brand MdB, Berlin
Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, München
(Stellvertretende Vorsitzende)
Prof. Dr. Peter Dabrock, Erlangen
Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken, Hamburg
Dr. Andrea Dörries, Hannover
Prof. Dr. Christine Gerber, Hamburg
Prof. Dr. Hans-Michael Heinig, Göttingen
Dr. Georg Kalinna, Köln
Steffen Kern, Stuttgart
Prof. Dr. Rebekka Klein, Bochum
Dr. Christiane Kohler-Weiß, Stuttgart
Brigitte Lösch MdL, Stuttgart

Prof. Dr. Hans-Richard Reuter, Münster
Prof. Dr. Cornelia Richter, Bonn
Prof. Dr. Gerhard Robbers, Trier
Prof. Dr. Matthias Rogg, Hamburg
Staatsminister Michael Roth MdB, Berlin
Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Bremen
Staatsrat a. D. Hans-Peter Strenge, Hamburg

Ständige Gäste

Vizepräsident Dr. Horst Gorski, Hannover
Prälat Dr. Martin Dutzmann, Berlin
Dr. Klára Tarr Cselovszky, Budapest
Präsident Ulrich Lilie, Berlin

Geschäftsführung

OKR Dr. Roger Mielke, Hannover



■ Konflikt als Normalfall – Evangelische Kirche wünscht sich mehr Streit in politischer Debatte

Konflikt ist in einer Demokratie keine Krise, sondern Normalfall. So steht es in einem neuen Papier der evangelischen Kirche. Sie fordert zu mehr Lust am konstruktiven Streit auf – und will sich dabei offenbar selbst auch mehr in die Pflicht nehmen.

Berlin (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) fordert zu mehr Beteiligung an der demokratischen Auseinandersetzung in Deutschland auf. Verglichen mit anderen Ländern sei die Demokratie in der Bundesrepublik nach wie vor in hohem Maß konsensorientiert und stabil, schreibt der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, in einem Vorwort für das 32-seitige Papier mit dem Titel «Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung», das am 21. August bei einer Tagung in Berlin vorgestellt wurde. Dennoch sei die Gesellschaft nicht mehr so homogen wie früher.

Bedford-Strohm verweist auf Populismus, der in der Parteienlandschaft und in der Gesellschaft zugenommen habe. Stärker als früher müsse man sich darauf einstellen, dass manche Konflikte bleibend sein werden. «Umso mehr stellt sich für alle gesellschaftlichen Kräfte die Aufgabe, am Zusammenhalt der Gesellschaft mitzuwirken», fordert der bayerische Landesbischof.

Der Rat der EKD hatte deren Kammer für Öffentliche Verantwortung damit beauftragt, Gedanken zum Umgang mit Rechtspopulisten zu entwickeln. Im Ergebnis beschäftigt sich das entstandene Papier aber mit grundlegenden Fragen des Miteinanders in der Demokratie. Aufgestellt werden zehn Impulse, unter anderem zur Streitkultur, zum Umgang mit Konflikten und der Rolle der Kirchen im demokratischen Dialog.

Insgesamt ermutigt das Papier zum Wettstreit der Positionen: Konflikt stelle nicht bereits eine Krise, sondern eher den Normalfall der Demokratie dar. «Unsere Gesellschaft krankt daran, dass sie Konflikte gerade auch im politischen Bereich sofort furchtbar und abstoßend findet», sagte der Kammervorsitzende Reiner Anselm dem Evangelischen Presbiterium (epd). Der Münchener Theologieprofessor beklagte auch mangelnden Streit im Bundestagswahlkampf.

Die Grenzen der Auseinandersetzung sieht die Kammer dort, wo die Grenze vom Populismus zum Extremismus überschritten wird. Mit denen, die das demokratische System angreifen, gelte es nicht den Dialog zu suchen, sondern ihnen entgegenzutreten. Die AfD, mit der die Kirchen derzeit noch nach einem praktikablen Umgang suchen, wird in dem Papier nicht konkret genannt.

Anselm plädierte für eine «deutliche Öffnung» zum Dialog auch mit der AfD. Gewaltbefürwortende Rechtsextreme wie in der NPD sehe er in der Partei nicht. Deswegen müsse die Auseinandersetzung geführt werden. Er warnte aber auch, die Kirchen müssten sich für die Diskussion «wärmer anziehen» und unangenehme Themen nicht ausweichen, wie etwa bei einer Grenzziehung beim Thema Migration. In dem Papier heißt es dazu, die Grenzen zwischen Recht und Moral dürften nicht verwischt werden.

Die Kirche selbst wird in dem Papier als Ort der demokratischen Auseinandersetzung angesehen. Anselm forderte dazu auf, die Pluralität innerhalb der Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche dabei stärker sichtbar zu machen. Momentan gebe es einen «gewissen, durchaus auch oberflächlichen Mainstream-Protestantismus», sagte er. Das sei problematisch, weil es eine Beteiligung nach innen schwermache.

Dem Gremium, das das Papier erarbeitet hat, gehören unter anderem Theologen, Sozialwissenschaftler, Juristen und Politiker, darunter der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD), und der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Brand, an.
(epd-Basisdienst, 21.08.2017)

■ Theologe Anselm: Gesellschaft krankt an Scheu vor Konflikten

(epd-Gespräch: Corinna Buschow)
Berlin (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) stellte am 21. August ein Papier mit ihren Gedanken zur Demokratie in Deutschland vor. Mit dem Vorsitzenden der zuständigen Kammer, dem Theologieprofessor Reiner Anselm, sprach der Evangelische Pressedienst (epd) über Gefahren und Chancen von Pluralität, die Scheu vor Streit in der Politik und einen möglichen Umgang der Kirchen mit Rechtspopulisten.

epd: Professor Anselm, die Evangelische Kirche in Deutschland hat ein neues Papier zu den aktuellen Herausforderungen der Demokratie veröffentlicht. Warum beschäftigt sich die Kirche mit dem Zustand der Demokratie?

Reiner Anselm: Als Kammer für Öffentliche Verantwortung haben wir vom Rat der EKD den Auftrag bekommen, uns vor allem mit dem Phänomen des Rechtspopulismus zu beschäftigen. Es ging dann aber immer mehr um die Frage: Wer kann sich wie in einer Demokratie Gehör verschaffen? Und wie kann die bundesdeutsche Demokratie weiterentwickelt werden?

epd: Und wie ist nach Ihrer Analyse der Zustand der Demokratie? Was ist anders als 1985, als sich die EKD das letzte Mal grundlegend damit befasste?

Anselm: Unsere Gesellschaft ist selbstbewusster – man kann auch sagen: pluraler – geworden. Die Einzelnen artikulieren ihre Interessen stärker. Dadurch werden die Repräsentationsmechanismen, die wir hatten – vor allem über die zwei großen Volksparteien CDU und SPD – schwächer.

epd: Das klingt auch nach »individualistischer«: Wie geht dann demokratischer Zusammenhalt?

Anselm: Individualismus ist nur eine Seite der Sache. Die Entwicklung kann man in meinen Augen besser erfassen, wenn man den Dreischritt zugrunde legt, den der Soziologe Ulrich Beck mit »Freisetzung – Entzau-berung – Reintegration« beschrieben hat. Die Menschen werden aus ihren angestammten Bindungen freigesetzt. Das bewirkt, dass der Einfluss der klassischen Autoritäten zurückgeht. Am Beispiel der Kirchen, die ihre Bindekraft verlieren, ist das offensichtlich. Die Menschen können nun selbst entscheiden, müssen es aber auch. Was dann folgt, ist eine nächste Stufe, in der wir uns befinden: Reintegration. Es gibt die Identifikation mit neuen Gruppierungen. Eine Zeitlang fanden wir das gut unter den Schlagwörtern »Neue soziale Bewegungen« oder »Aufstieg der Bürgergesellschaft«. Mit dem Aufkommen von »Pegida« sieht man aber, dass diese Bürgergesellschaft auch ihre Schattenseiten hat.

epd: Diese Pluralität birgt Konflikte, die man aber nicht als Krise, sondern Normalfall der Demokratie betrachten soll, heißt es in Ihrem Papier. Heißt das, wir sollten uns über Konflikte freuen?

Anselm: Konflikte integrieren, so komisch das klingt. Wer einen Konflikt hat, setzt sich mit seinem Gegenüber auseinander. Auseinandersetzung ist damit gerade das Gegenteil von Vereinzelung, also Individualisierung. Deswegen ist es gut, wenn man streitet – solange es kultiviert geschieht und nicht destruktiv. Unsere Gesellschaft krankt daran, dass sie Konflikte gerade auch im politischen Bereich sofort furchtbar und abstoßend findet. Aber nur so werden ande-

re Perspektiven eingebracht. Als Martin Schulz (SPD) Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Anschlag auf die Demokratie vorgeworfen hat, weil sie sich der Auseinandersetzung im Wahlkampf verweigere, hat er an dem Punkt schon etwas Richtiges getroffen, auch wenn das drastisch verfehlt war.

epd: Ist Ihnen denn generell zu wenig Streit im Bundestagswahlkampf?

Anselm: Ja! Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass sich die beiden Spitzenkandidaten Merkel und Schulz zu ähnlich sind. Beide sind Pro-Europäer, beide sind, wenn man so will, in demselben liberalen Mitte-Links-Milieu unterwegs. Da ist wenig Auseinandersetzung, und die anderen Parteien schaffen es auch nicht, größere Kontroversen in den Wahlkampf zu tragen.

epd: Gibt die evangelische Kirche ein besseres Beispiel für demokratische Streitkultur?

Anselm: Die Kirche sollte akzeptieren, dass sie selbst viel pluraler ist, als sie es nach außen gern vorgibt. Ihre Mitgliedschaft ist, das zeigen Studien, ein Abbild der Gesellschaft. Das gilt es zuzulassen und die Beteiligung unterschiedlicher Meinungen zu fördern. Im Moment stehen die Menschen dafür nicht gerade Schlange an der Tür der Kirchen.

epd: Woran liegt das?

Anselm: Wir haben einen gewissen, durchaus auch oberflächlichen Mainstream-Protestantismus. Die Pluralität der Meinungen in der Mitgliedschaft ist nicht gedeckt durch die Stellungnahmen der Leitungsebenen. Das finde ich problematisch, auch weil es nach innen eine Beteiligungskultur schwierig macht. Die letzte große Beteili-

gungswelle bei den Kirchen war während der Nachrüstungsdebatte – eben weil das in der Kirche enorm umstritten war. Damals sind die Menschen in Scharen zu den Kirchentagen gegangen. Heute hat man das Gefühl, man weiß schon vorher, was gesagt wird. Die Pluralität innerhalb der Kirche muss wieder stärker sichtbar werden.

epd: Gilt das auch für AfD-Anhänger oder sogar Parteimitglieder, die auch in der evangelischen Kirche sind? Wie sollte die evangelische Kirche mit den Rechtspopulisten umgehen?

Anselm: Wir müssen zunächst einmal unterscheiden zwischen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus. Die ersten beiden sind gekennzeichnet dadurch, dass sie das demokratische System ablehnen und dafür im Fall der Rechtsextremen auch bereit sind, Gewalt

anzuwenden. Mit ihnen sollte die Kirche nicht reden. Bei Rechtspopulisten bin ich vorsichtiger, hier plädiere ich für eine deutliche Öffnung hin zu einem Streit der Argumente. Die AfD mag einzelne Mitglieder haben, die rechtsradikal sind; gewaltbefürwortende Rechtsextreme wie in der NPD sehe ich so nicht. Wie dem auch sei: Mit beiden Gruppen ist keine Verständigung möglich. Die überwiegende Mehrheit aber ist rechtspopulistisch eingestellt, und mit ihnen muss die Auseinandersetzung geführt werden.

epd: Was heißt konkret »deutliche Öffnung«?

Anselm: Die Kirche sollte den inhaltlichen Streit mit AfD-Vertretern suchen, wenn auch eben nicht mit allen. Bei der Rede von Björn Höcke etwa über die Erinnerungskultur und das Holocaust-Mahnmal ist in mei-

nen Augen die Grenze zum Rechtsradikalismus überschritten. Aber mit anderen Parteivertretern brauchen wir eine harte argumentative Auseinandersetzung. Dafür müssen sich die Kirchenvertreter freilich wärmer anziehen und dürfen dann auch den unangenehmen Themen nicht ausweichen. Es reicht nicht, einfach nur zu sagen, Schutz vor Verfolgung sei ein universales Menschenrecht. Man muss dann auch bereit sein, eine Antwort auf die politische Frage zu geben, wo und wie die – von allen zugestanden – unvermeidlichen Grenzen gezogen werden sollen. Hier mangelt es bei den Kirchen, weil sich die Leitungsorgane zu schnell auf die einfache Position zurückziehen, die Trutz Rendtorff in die prägnante Formulierung gefasst hat: »Wir haben die Moral – und ihr die Probleme«.

(epd-Basisdienst, 21.08.2017)

■ Präses Kurschus: Rechtspopulismus spaltet und bedroht die Demokratie

Dortmund (epd). Die stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Annette Kurschus, sieht durch wachsenden Rechtspopulismus die Demokratie gefährdet. Dem Rechtsstaat drohe Schaden, »wenn Verleumdungen, Lügen und Halbwahrheiten an die Stelle von Fakten treten«, warnte die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen am Abend des 1. Juni in Dortmund. »Wer Ängste schürt, um Wählerstimmen zu gewinnen, gräbt der Demokratie das Wasser ab«, fügte sie mit Blick auf die AfD hinzu. »Wer den Angriff auf die etablierten Parteien zum Prinzip erhebt, fördert eine Spaltung der Gesellschaft.« Auch die tausendfache Verbreitung von Hassbotschaften trage

zu einem Verfall der zivilen Kultur bei, kritisierte die leitende Theologin Kurschus. Sie mahnte eine faire Streitkultur in der Politik an. Es dürfe »zugespitzt, hart und leidenschaftlich« argumentiert werden, platte Parolen und Provokationen dürften aber den sachlichen Diskurs nicht verdrängen, und das ehrliche Ringen um konstruktive Lösungen dürfe nicht von Geschrei und Stimmungsmache übertönt werden.

»Klare Kante« der Kirchen forderte Kurschus gegen fremdenfeindliche Positionen der AfD und einen Missbrauch des Christentums zur Ausgrenzung anderer Menschen. »Wer Rassismus christlich verbrämt, pervertiert die Botschaft Jesu«, betonte die

54-jährige Theologin beim Jahresmediengespräch der westfälischen Kirche. »Die Diffamierung von allem, was nicht deutsch ist, lässt sich mit unserem Verständnis des christlichen Glaubens nicht vereinbaren.«

Trotz dieser klaren inhaltlichen Abgrenzung sollten aber die Anhänger und Sympathisanten der AfD nicht an den Pranger gestellt werden, betonte Kurschus:

»Wenn jemand Christ ist und trotzdem die AfD wählt, müssen wir uns damit auseinandersetzen. Ich möchte gerne wissen, was Menschen dazu treibt.« Öffentliche Schaudebatten, die AfD-Funktionären eine Plattform für fremdenfeindliche Parolen bieten, lehne sie dagegen ab.

(epd-Basisdienst, 02.06.2017)

■ Theologe: Kirchen haben möglicherweise AfD-Wahlerfolg begünstigt

Auf das starke Wahlergebnis der AfD reagierten viele Kirchenvertreter mit Kritik an der Partei. Der evangelische Theologe Ulrich H. J. Körtner findet, die Kirchen sollten sich stattdessen fragen, was sie selbst zum Erfolg der AfD beigetragen haben.

Frankfurt am Main (epd). Der Wiener Theologieprofessor Ulrich H. J. Körtner kritisiert die kirchlichen Stellungnahmen zum starken Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl. Statt jetzt nur ihre Abscheu gegenüber der Partei zu bekunden, »sollten sich die Kirchen selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise selbst zum Wahlerfolg dieser unappetitlichen Partei beigetragen haben«, indem sie die Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) »vehement unterstützt und moralisch überhöht haben«, sagte Körtner dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) betonte daraufhin, sie setze sich schon lange mit den Ursachen von Rechtspopulismus auseinander.

»Reflexhafte Aktionen 'gegen rechts' wie die Kölner Initiative 'Unser Kreuz hat keine Haken',

mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität unsachlich und politisch kontraproduktiv«, kritisierte der evangelische Theologe. Zwar habe sich die AfD tatsächlich »von einer ursprünglich EU-kritischen zu einer nationalistischen, rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in Teilen rechtsextrem ist und vor der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren«. Es bestehe aber die Gefahr, dass die gemäßigten politischen Kräfte und die Kirchen in Deutschland dieselben Fehler wiederholten, die in Österreich zum Aufstieg der FPÖ geführt hätten: »Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken.«

Ein Kirchensprecher sagte dem epd, die EKD setze sich »bereits seit langem differenziert mit den Ursachen von Rechtspopulismus auseinander«: »Dabei hat sie sich – zuletzt mit EKD-Ratsmitglied Bischof Markus Dröge auf dem Kirchentag in Berlin – auch der direkten Diskussion mit Vertretern des Rechtspopulismus nicht verschlossen.« Mit einem vor

wenigen Wochen veröffentlichten Papier der Kammer für Öffentliche Verantwortung habe die EKD zudem »einen weiteren aktuellen Beitrag zur öffentlichen Diskurskultur unseres Landes geleistet«.

In dem Ende August vorgestellten Papier mit dem Titel »Konstanz und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung« fordert die EKD zu mehr Beteiligung an der demokratischen Auseinandersetzung auf. Der Rat der EKD hatte die Kammer damit beauftragt, Gedanken zum Umgang mit Rechtspopulisten zu entwickeln. Aufgestellt werden zehn Impulse, unter anderem zur Streitkultur, zum Umgang mit Konflikten und der Rolle der Kirchen im demokratischen Dialog.

Körtner resümierte, wenn die Kirchen mit Menschen ins Gespräch kommen oder Menschen zurückgewinnen wollen, »die sich im eigenen Land wie auch in ihrer Kirche zunehmend fremd fühlen«, sei es nötig, das eigene Auftreten und Agieren selbstkritisch zu überdenken.

(epd-Basisdienst, 27.09.2017)

Jahrgang 2016

48/16 – **Prämissen, Perspektiven, Parteilichkeit. Einblicke in Diskurse und Erfahrungen der Jungen- und Männerarbeit.** (Fachtagung der Evangelischen Akademie Meißen) – 60 Seiten / 5,10 €

49/16 – **Synodentagung 2016 in Magdeburg (1)**
3. verbundene Tagung der 12. Synode der EKD, der 12. Generalsynode der VELKD und der 3. Vollkonferenz der UEK, Magdeburg, 3. bis 9. November 2016 (Berichte) – 48 Seiten / 4,60 €

50/16 – **Synodentagung 2016 in Magdeburg (2)**
3. verbundene Tagung der 12. Synode der EKD, der 12. Generalsynode der VELKD und der 3. Vollkonferenz der UEK, Magdeburg, 3. bis 9. November 2016 (Catholica-Berichte u. a.) – 52 Seiten / 5,10 €

Jahrgang 2017

01/17 – **GKKE: Rüstungsexportbericht 2016**
76 Seiten / 5,90 €

02/17 – **Hirntod und Organspende** (Tagung des Evangelischen Juristenforums, Kassel, 19. April 2016/ Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, Kassel, 14. September 2016) – 84 Seiten / 6,40 €

03/17 – **»Reformation – Bildung – Transformation«. Beiträge zu einem ökumenischen Prozess (2)**
(Dokumente der zweiten Versammlung der »Twin Consultation«) – 76 Seiten / 5,90 €

04/17 – **»How to become a Just Peace Church«** – Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche aus dem Geist des Gerechten Friedens (Internationale Friedenskonsultation, Berlin, 28. September bis 1. Oktober 2016) – 68 Seiten / 5,40 €

05/17 – **Synodentagung 2016 in Magdeburg (3)**
3. Tagung der 12. Synode der EKD, Magdeburg, 3. bis 9. November 2016 (Haushalt, Berichte der Werke, Beschlüsse) – 40 Seiten / 4,10 €

06/17 – **Europa an der Grenze: Die Krise und die Zukunft des Flüchtlingsschutzes** (16. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz, 20. bis 21. Juni 2016, Französische Friedrichstadtkirche) – 36 Seiten / 4,10 €

07/17 – **»Neues Kapitel der Ökumene aufschlagen«** – (Texte zur Privataudienz einer EKD-Delegation bei Papst Franziskus) **»Glauben wir alle an denselben Gott?«** Gedanken zum Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen (Vortrag von Bischof Prof. Dr. Martin Hein) – 20 Seiten / 3,40 €

08/17 – **»Neue Konflikte, neue Friedensethik?«**
(Tagung der Evangelischen Akademie Loccum)
60 Seiten / 5,10 €

09/17 – **»... dass ihr hingehet«** (Internationale Partnerschaftstagung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, 9. bis 14. Juni 2016, Meißen)
48 Seiten / 4,60 €

10/17 – **»Das Wort – ganz nahe bei dir«**
Texte zur Ökumenischen Bibeltagung in Stuttgart,

9. Februar 2017, und zur Revision der Lutherbibel
44 Seiten / 4,60 €

11/17 – **Die Angst vor dem Sterben** (Verleihung des Bad Herrenalber Akademiepreises) **Von der »Lutherdekade« zum 500. Reformationsgedenken – Ein ökumenischer Lernprozess mit Perspektive?**
(Vortrag von Bischof Dr. Feige) – 28 Seiten / 3,40 €

12/17 – **»Erinnerung heilen – Jesus Christus bezeugen«** (Ökumenischer Buß- und Versöhnungsgottesdienst in Hildesheim)/**»Nun gehe hin und lerne«** (Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille an die Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden) – 24 Seiten / 3,40 €

13/17 – **Auf dem Fahrrad mit Gott** – Eine Tour durch die religiöse Literaturlandschaft der Niederlande (Studententag u.a. der Evangelischen Akademie Frankfurt)
40 Seiten / 4,10 €

14/17 – **Indifferent? Ich bin normal. Indifferenz als Irritation für kirchliches Denken und Handeln**
(Fachtagung des EKD-Zentrums für Mission in der Region) – 52 Seiten / 5,10 €

15-16/17 – **Gesegnet und gesendet. Lebensweltliche und empirische Einsichten zur Zukunft des Pfarrberufs** (3. Fachtagung der Land-Kirchen-Konferenz der EKD) – 56 Seiten / 5,10 €

17/17 – **Antisemitismus als politische Theologie. Typologien und Welterklärungsmuster** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 76 Seiten / 5,90 €

18/17 – **60 Jahre Beratung von Kriegsdienstverweigerern. Gegenwärtige Herausforderungen für Soldaten und Soldatinnen, Kriegsflüchtlinge und die Friedensarbeit der Kirche** (Jubiläumsfeier der EAK)
60 Seiten / 5,10 €

19/17 – **DYNAMISSIO. Der missionarische Gemeindekongress** – 56 Seiten/ 5,10 €

20/17 – **»Keine Religion kann aus der Verantwortung entlassen werden«** (Rede von Bundesinnenminister de Maizière) – **EKD-Erklärung zum Völkermord im früheren Deutsch-Südwestafrika – Ökumenische Erklärung zu 60 Jahre Römische Verträge – 125. Geburtstag von Martin Niemöller** – 28 Seiten/ 3,40 €

21/17 – **Reform der Reformation. Zum Stand und Stellenwert jüdisch-christlicher Lehrinhalte in der theologischen Ausbildung** (Fachgespräch der Evangelischen Akademie zu Berlin) – 36 Seiten / 4,10 €

22/17 – **Just Policing. Eine Alternative zur militärischen Intervention?** (Studie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Tagung der Evangelischen Akademie Baden) – 104 Seiten / 7,40 €

23/17 – **36. Deutscher Evangelischer Kirchentag (1)**
32 Seiten / 4,10 €

Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH
Verlag/Vertrieb
Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main

Jahrgang 2017

24/17 – **Ernstfall Schule. Die Rolle der Religionen in der Einwanderungsgesellschaft** (Fachtagung der Evangelischen Akademie zu Berlin, der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Comenius-Instituts) – 104 Seiten / 7,40 €

25/17 – **Eine selbstbewusste Kirche in einem pluralistischen Europa. Gemeinsam weiter auf dem Weg** (Bericht der Meissen Kommission 2012–2016, Die Kirche von England und die Evangelische Kirche in Deutschland) – 28 Seiten / 3,40 €

26/17 – **36. Deutscher Evangelischer Kirchentag (2)**
44 Seiten / 4,60 €

27/17 – **36. Deutscher Evangelischer Kirchentag (3)**
40 Seiten / 4,10 €

28/17 – **Liberated by God's Grace / Befreit durch Gottes Gnade** (Zwölfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2017) – 52 Seiten / 5,10 €

29/17 – **Kirchentage auf dem Weg** – 44 Seiten / 4,60 €

30/17 – **»Schatz, wir müssen reden!« Kirche und Mitgliederkommunikation** (51. Jahrestagung Öffentlichkeitsarbeit) – 44 Seiten / 4,60 €

31/17 – **36. Deutscher Evangelischer Kirchentag (4)**
56 Seiten / 5,10 €

32/17 – **Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz – Herausforderungen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene** (17. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz) – **Luther und die Sakramente. Eine katholische Relecture in ökumenischer Perspektive** (Internationales Symposium, Päpstliche Universität Gregoriana) – 40 Seiten / 4,10 €

33/17 – **Wie lässt sich Gewalt bändigen, wenn die kooperative Weltordnung zerfällt?** (Friedensgutachten 2017) – **Aleppo und Mossul – lassen sich Massenverbrechen verhindern, wenn die kooperative Weltordnung zerfällt?** (Abendforum der Evangelischen Akademie zu Berlin) – **»America first« – was bleibt für**

den Rest? Gefahren für die Europäische Union (Frankfurter Friedensforum) – 32 Seiten / 4,10 €

34-35/17 – **Aufgabe und Weg: »Kirche des gerechten Friedens werden«** (Ökumenische Konsultation Gerechtigkeit und Frieden) – 108 Seiten / 7,40 €

36/17 – **»Lebendiger Gott, erneuere und verwandle uns«** (26. Generalversammlung der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen 2017) – 84 Seiten / 6,40 €

37/17 – **Synopse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017** – 36 Seiten / 4,10 €

38/17 – **Medien und Politik in Zeiten des Wahlkampfes** (Südwestdeutsche Medientage 2017) – 48 Seiten / 4,60 €

39/17 – **Evangelische Identitäten: Das Reformationsjubiläum aus freikirchlicher und landeskirchlicher Sicht** (Tagung der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Theologischen Hochschule Elstal) – 76 Seiten / 5,90 €

40/17 – **Berliner Memorandum Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa** (Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST) – 20 Seiten / 3,40 €

41/17 – **Funke – Flamme – Feuer? Zum europäischen Charakter der Reformation** (Tagung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder) – 44 Seiten / 4,60 €

42/17 – **Gender Gaga?! Kritische Analysen der Anti-Gender-Bewegung und Gegenstrategien für die Kirche** (Fachtagung im Ökumenischen Forum Hafencity Hamburg) – 28 Seiten / 3,40 €

43/17 – **Wenn jedes Maß verloren geht** (Forum Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt) – 40 Seiten / 4,10 €

44/17 – **Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung.** (Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland) – 40 Seiten / 4,10 €

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation
(ISSN 1619-5809) kann im
Abonnement oder einzeln
bezogen werden.
Pro Jahr erscheinen min-
destens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt,
Tel.: (069) 58 098-191.
Fax: (069) 58 098-226.
E-Mail: vertrieb@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet mo-
natlich 28,80 € inkl. Versand
(mit Zugang zum digitalen
Archiv: 33,50 €). E-Mail-Bezug
im PDF-Format 27,20 €. Die
Preise für Einzelbestellungen
sind nach Umfang der Ausga-
be und nach Anzahl der
Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den
Preis eines Einzelexemplars;
dazu kommt pro Auftrag eine
Versandkostenpauschale
(inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf
chlorfrei gebleichtem Papier
gedruckt.